

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 1,10 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für halbtägige und gewöhnliche Bereinigung und Veranlassung 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 22. Juli 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Enttäuschungen.

Ein Rückblick auf den Kongress der Christlichen Gewerkschaften.

Der fünfte Kongress der christlichen Gewerkschaften ist am Mittwoch zu Ende gegangen. An diesem Tage war die geschlossene Generalversammlung des Gesamtverbandes. Die Wahrheit ist zwar die höchste Tugend des christlichen Mannes, und sein Vorkommen ist über allem Zweifel erhaben, aber es giebt doch auch für Christenleute eine Wahrheit, die das Licht nicht verträgt, die nur hinter verschlossenen Türen verhandelt werden kann. In der nicht öffentlichen Versammlung wird jedenfalls das Treiben der sogenannten Berliner Richtung zur Sprache gekommen sein. Man begreift die Scheu der Christlichen, diese Dinge offen zu erörtern, wenn man weiß, daß diese Richtung sich gebildet hat durch die hohe Geistlichkeit und die Centrumsfraktion. Ebenso versteht man es, daß die Erörterung über das Verhalten der Presse den christlichen Gewerkschaften gegenüber dem Tageslicht entzogen ward. Wenn in Essen die Redner in ihren Klagen über die Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit der Presse in Arbeiterfragen, insbesondere der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber, es unterließen, eine bestimmte Partei zu nennen, so wußte und merkte doch jeder, daß die Centrumpresse gemeint war, von der es nach der Ansicht des Gewerkschaftssekretärs Stegerwald nicht fünf Blätter giebt, die sich der Sache der Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Interessenkämpfen annehmen. Diese und die andre Frage eingehend vor der Öffentlichkeit zu verhandeln, ist eine löbliche Sache; man hat vorläufig noch Grund auf beiden Seiten, einander zu schonen; sind die Beziehungen zwischen Centrum und christlichen Gewerkschaften auch lange nicht mehr die besten, so hält man es beiderseits doch für zu gewagt, die leidenden Gegensätze zum offenen Bruch zu treiben — daher die Behandlung dieser Fragen, die ins Politische gehen, fernab von der Öffentlichkeit.

Es waltete in Essen eine im Vergleich zu den früheren Tagungen der christlichen Gewerkschaften recht gedrückte Stimmung. Die Referate wurden ohne äußerlich bemerkbares Interesse entgegengenommen; kaum erhob sich eine Hand zum Beifall, der früher so reichlich flüßte; kaum hörte man ein Bravo oder sonst ein Zeichen besonderer Teilnahme. Inhaltlich boten die Referate allerdings wieder etwas Neues noch Aufregendes, wenn auch anerkannt werden soll, daß die Referenten wie die Diskussionsredner gegen früher ein merklich höheres Maß von sachlicher wie rednerischer Schulung bewiesen, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß von den 60 Delegierten nur ein Teil — und dazu meist Gewerkschaftsbeamte — das Wort nahm.

Sind nun die Verhandlungen, Debatten und Beschlüsse des christlichen Gewerkschaftskongresses nicht geeignet, besonderes Interesse zu erwecken, so eröffnen sich im Hintergrunde der öffentlichen Vorgänge Ausblicke auf desto beachtenswertere Erscheinungen. Es ist alles so ganz anders gekommen als die Christlichen sich den Verlauf der Dinge gedacht haben. Die christlichen Gewerkschaften wurden gegründet, um dem Vordringen der Sozialdemokratie in katholischen Gegenden, namentlich im Westen, wo die Bewegung entstand, Einhalt zu thun; man wollte die katholischen Arbeiter fernhalten von der Verführung mit den andersgearteten Klassenbrüdern; auch in wirtschaftlichen Dingen sollten sie, wie auf politischem und religiösem Gebiete, wider einander stehen. Und da das Centrum mit Recht erkannt hatte, wie die wirtschaftliche Annäherung und Einigung auch bald zur politischen führt, schuf es die christlichen Gewerkschaften. Die Rechnung war schlau, aber das Ergebnis stimmte dennoch nicht!

Die Sozialdemokratie ist riesenhaft gewachsen und hat auch in Centrumsgewenden bedeutende Fortschritte gemacht — trotz der christlichen, richtiger: ultramontanen Gewerkschaftsbewegung. Die freien Gewerkschaften sind zu einer Höhe gediehen, an die man vor einigen Jahren noch nicht dachte, während die christlichen Gewerkschaften, die sich vermehren, um ihre Fahne alles zu sammeln, was nicht sozialdemokratisch, was gläubig und gutgestimmt war, sie stehen auf 100 000 Mitglieder und haben dadurch, daß sie in einem Jahre der lebhaftesten politischen und wirtschaftlichen Bewegung ganze 8000 Mann zugenommen haben, aufs deutlichste bewiesen, daß sie auf dem toten Punkt angelangt sind. Und was diese Hunderttausend von Mitgliedern bedeutet, erkennt man daran, daß davon 60 000 auf die Ruhrbezugsleute und die Textilarbeiter kommen, so daß also 40 000 christlich organisierte Arbeiter sich auf die sämtlichen übrigen Bezugs verteilen; daß weiter 80 Proz. der christlich organisierten Arbeiter in Rheinland-Westfalen sitzen. Man begreift die Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung und man begreift die tiefe Stimmung, die sich in Essen bemerkbar machte.

Anfänglich genossen die christlichen Gewerkschaften das ergiebige Wohlwollen des Centrums, des Klerus, der Behörden und der Unternehmer. Schon der manchmal verleugnete, manchmal zugestandene, immer aber erkennbare Zweck der christlichen Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und den als sozialdemokratisch geltenden Gewerkschaften entgegenzuarbeiten, machte sie wert der Unterstützung aller Gutgesinnten. Aber das ist anders geworden. Als sich zeigte, daß sie die Sozialdemokratie nicht zum Stillstand bringen konnten, da wandelte sich die anfängliche Gunst in Gleichgültigkeit, die sich in offene und versteckte Feindschaft verwandelte, als gar die christlichen Gewerkschaften, mitgezogen und getrieben von der übrigen Arbeiterbewegung, auf „sozialdemokratische“ Wege gerieten, denn „Sozialdemokrat ist in den Augen gewisser Leute jeder Arbeiter, der fünf Pfennig mehr Lohn den Tag beansprucht“ — sagte in Essen ein christlicher Arbeiter.

Wollten die christlichen Gewerkschaften Arbeiterorganisationen wenigstens genannt zu werden verdienen, dann müßten sie sich mit Socialpolitik — wenn auch in der kirchlich verteidigten Form — beschäftigen; sie müßten — schon der Agitation wegen — praktische Forderungen stellen, Lohnhöhungen anstreben, sich an Ausständen beteiligen, kurz: alles das thun, was in den Augen jedes auf den Profit bedachten Mannes als „sozialdemokratisch“ gilt. Von der Zeit ab war es aber auch aus mit dem Wohlwollen der früheren Gönner. Das Centrum, das als Partei schließlich auch nicht anders denkt, als die Gesamtheit der in ihm vereinigten Interessengruppen, wünscht die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig zu allen Teufeln. Das wird bewiesen durch das Treiben der Berliner Richtung, die der Zustimmung der Fraktion und des Episcopats sicher ist; das wird bewiesen durch das Verhalten der Centrumpresse, über deren schosste Hinterhältigkeit auf dem Essener Kongress nur eine Stimme war; und es wird nicht widerlegt durch das Verhalten einiger Abgeordneten und Blätter des Centrums in den Großstädten des Westens, die sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung annehmen, weil man von dieser Seite befohlen ist um die Reichstagsmandate der Industriestädte.

Der Klerus steht — mit vereinzelten Ausnahmen — den christlichen Gewerkschaften feindselig gegenüber, und zwar je höher hinauf, desto feindseliger. „Wir im Münsterlande haben nicht unter den Sozialdemokraten, sondern unter den Geistlichen zu leiden, die uns schlimmer verfolgen als die Industriellen“ — sagte ein Redner in Essen.

Und der christliche Unternehmer, der Fabrikant wie der Kunstler, was sollten sie, deren Ziel der Profit ist, den christlichen Bruder Arbeiter anders behandeln, als den roten „Anstürzler“, wenn er höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit fordert, wenn er streift und „heißt“ wie dieser auch. Sie haben von den christlichen Gewerkschaften erwartet, daß sie den „sozialdemokratischen Streikvereinen“ entgegenarbeiten, statt mit ihnen gleiche Wege zu wandeln, daß sie mit dem gebotenen Hungerlohn sich begnügen, statt in Begehrlichkeit zu verfallen und dazu anzureizen. Und nun kommt in Essen gar einer von ihnen und rechnet mit einem gewissen Stolz seinen Reuten vor, daß die Christlichen mehr als die andern Organisationen an Streiks und Lohnbewegungen beteiligt gewesen seien!

Daß unter solchen Umständen die Behörden ihre Haltung änderten, versteht sich von selber in einem Staate, wo der gute Beamte seine Rolle als Schlichter der Ordnung und der Befehle nicht anders aufzufassen darf, als im Sinne und im Interesse der Ausbeuter und Scharfmacher. Die Zeiten, wo Polizeikommissare Ehrenmitglieder von christlichen Gewerkschaften waren, sind vorüber. Heute werden, wie das in Essen immer wieder erklärt wurde, die christlichen Arbeiter nicht anders behandelt als die Mitglieder der vaterlandlosen Motte.

In der That, die Christlichen haben alles gethan, sich das Wohlwollen der maßgebenden Stellen und Personen zu verschaffen, auf das sie am Anfang so stolz waren. Noch zur Zeit der Justizhausvorlage kündete in Köln der Arbeiterssekretär Giesberts: Die christlichen Arbeiter würden sich nicht an dem Protest gegen das Werk der Regierung beteiligen; sie hätten die Hoffnung, daß es nicht so schlimm gemeint sei und sich alles zum besten wenden werde. Und heute verweist derselbe Herr Giesberts auf den Kongress in Essen die reichsgesetzliche Arbeitslosen-Versicherung, weil er in ihr den Tod der Arbeiterbewegung sieht, indem eine reaktionäre Regierung die ihr dadurch gegebene Macht auf die Vermittelung der Arbeit zur Vernichtung der Arbeiterorganisationen benutzen werde!

Wie haben ehemals die Christlichen über die Höhe der Beiträge und die zahlreichen Beamten bei den freien Gewerkschaften gezerrt, über die Arbeitergroßen und die Ausnutzung der Armen und Kernsten — und heute heißt es in Essen: Höhere Beiträge, mehr Beamte für die christlichen Gewerkschaften!

Wie haben die Christlichen gewiegt über die „Parteiweiber“, die in der Agitation für die Gewerkschaftsbewegung thätig waren — und heute sah in Essen ein halbes Duzend weiblicher Delegierte, von denen sich vier an der Debatte beteiligten, und zwar ganz wader und geschickt!

Wie haben die Christlichen im Bewußtsein ihrer Treue zu Thron und Altar gehöhnt über die Internationalität der Sozialdemokratie — und heute ergeht von Essen der Ruf: Christliche Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!

So giebt es Wandlungen, Mauferungen und Enttäuschungen auf allen Wegen: beim Centrum, beim Klerus, beim Unternehmertum und nicht zum wenigsten bei den christlichen Gewerkschaften. Mit tausend Klagen schiffen sie hinaus — und still, auf einem von der Sozialdemokratie entliehenen Boot, fahren sie heim. Die eine Aufgabe: die Sozialdemokratie zu überwinden und der klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung Einhalt zu thun, haben sie ebensowenig zu erfüllen vermocht, wie die andre: die gläubige Arbeiterschaft in mächtiger Masse unter der christlichen Fahne zu sammeln. Sie haben im Gegenteil — sieht man von einigen Agitationsphrasen ab — sich der von ihnen als sozialdemokratisch bezeichneten Praxis anpassen müssen, aus Selbsterhaltungstrieb. Was sie geleistet haben und was sie nicht geleistet haben — es ist in gleicher Weise eine Anerkennung der klassenbewußten Arbeiterbewegung, wie sie durch die Sozialdemokratie vertreten ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juli.

Der Prozeß des Zaren.

Königsberg, 21. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Weisungsaufnahme wurde heute zwar zu Ende geführt, konnte aber nicht geschlossen werden, weil die Auskunft der russischen Regierung über das Gegenseitigkeits-Gesetz immer noch nicht

eingegangen ist. Trotzdem — wieder eine Werkwürdigkeit! — sollen Freitag die Plaidoyers gehalten werden, die bis zum Schluß der Weisungsaufnahme nur als Eventual-Plaidoyers gelten können. Man griff im Interesse der Feiterparnis zu diesem Rotbeißel, nachdem sowohl Staatsanwaltschaft wie Verteidigung erklärt hatten, daß die Auskunft Rußlands auf ihre Rechtsauffassung keinen Einfluß habe. Die Staatsanwaltschaft will wirklich die Enklage in ihrem ganzen Umfange aufrecht erhalten. Sie sieht die Gegenseitigkeit durch das Versprechen des russischen Votchschafters in seinem Strafantrage hinreichend verbürgt.

Nach Erledigung der Schriftenprüfung gelang es dem „Ersten Staatsanwalt“, Max Lorenz, der einst in Königsberg als sozialdemokratischer Redakteur seine Karriere begann und jetzt als freiwilliger Nebenstaatsanwalt jede Nummer seiner antisozialdemokratischen „Korrespondenz“ in holdem Demingiantenwahn dem fungierenden Staatsanwalt zustellt, noch einen Schlag zu thun, der so heftig zurückwirkte, daß der Schläger die erlittenen Schwelungen mit Kleiwasser wird kühlen müssen. Ein staatsanwaltlicher Triumph sollte die Weisungsaufnahme krönen und den tiefen nachhaltigen Eindruck, den die Verteidiger sowie ihre Zeugen und Sachverständigen bewirkt hatten, im letzten Augenblick wieder zerstören. Lange hatte der Staatsanwalt den Pfeil auf dem Bogen zurückgehalten. Nun schoß er los — er traf und den Boden bedeckten die Leichen — der Max Lorenz und seiner Demingianten — „Post“. Der Triumph des Staatsanwalts wurde zu einem das Ende siegreich krönenden Erfolg der Verteidigung.

Der Erste Staatsanwalt beantragte plötzlich, nachdem das ganze Belastungsmaterial erschöpft war, die Verlesung jenes „Jokra“-Titels, welches Lorenz und die „Post“ vor einigen Tagen veröffentlicht haben, um zu beweisen, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands den Terrorismus fördere. Die Verteidigung erklärte, sie müßte über diesen Antrag erst beraten, und Haase fügte mit lächelnder Gleichgültigkeit die höchste Entschuldig hinzu, er müsse ehrlicherweise bekennen, daß er von der neuen Information des Staatsanwalts bereits unterrichtet sei, denn er habe in seiner Stellung als Verteidiger erfahren, daß die politische Polizei Berlins den Staatsanwalt mit den „Post“-Artikel versorgt habe. Der Erste Staatsanwalt wußte in der Verblüffung über diese gute Information des Verteidigers nur zu erwidern, daß er die „Post“ lese. Der Kernste wird in der That überreichlich mit diesen Demingianten belästigt. Er erhält sie gleich dreifach zugestellt: von Lorenz, der Redaktion der „Post“ und der politischen Polizei, die ihnen geheimer Druck und gegen die russisch-deutsche Freiheit. Die Verteidiger zogen sich zur Beratung zurück. Bald kehrten sie wieder, äußerst heiter und zufrieden, und beantragten, den ganzen Artikel der „Jokra“, dem das Citat entnommen war, zu verlesen. Da wurde der Erste Staatsanwalt ruhig. Er beriet sich mit dem Sachverständigen Dr. Rost und zog alsdann stotternd seinen Antrag zurück, nachdem er den Sachverständigen erlucht hatte, die Bedeutung des russischen Wortes für „Blutvergießen“ zu erörtern. Der Staatsanwalt hat sich nämlich überzeugt, daß von dem Blute der Arbeiter, nicht des Zaren und der Zarenkinder, die Rede sei. Warum mußte auch der Erste Staatsanwalt den Lorenz und Auflopf auf den Leim gehen!

Durch den staatsanwaltlichen Verzicht auf die Verlesung des Citats ist nun die Öffentlichkeit leider auch um die Kenntnis des „Jokra“-Artikels gekommen, eines schönen Dankartikels für die deutsche Sozialdemokratie aus Anlaß der Russendebatten im Reichstage. Es wird darin der Sieg der russischen Revolution angekündigt und versprochen, daß, wenn die Freiheit Rußlands erlangt sein werde, diese Freiheit auch nach Westeuropa hinüberströmen werde als Dank für die von Westeuropa den russischen Kämpfern erwiesenen Dienste.

Aber ein andres wurde heute ins Licht der gerichtlichen Öffentlichkeit gerückt. Wenn auch die terroristischen Schriften unter der Masse der sozialdemokratischen Litteratur verschwinden, wenn sie auch — sofern es sich nicht bloß um einzelne Orientierungs-exemplare handelt — offenbar von unfaulteren Elementen unter die rein sozialdemokratischen Schriften zur höheren Ehre dieses Prozesses eingeschmuggelt sind, wenn auch die russische Sozialdemokratie, wie die deutsche, den Terrorismus verurteilt, so galt es doch, selbst diese Verzweigungsthaten, diese persönlichen Notwehrakte gegen unmittelbare russische Brutalitäten menschlich begreifen zu lehren. In der nächstern Sachlichkeit einer Dokumentensammlung, ohne ein Wort der Kritik und gerade durch diese bloße Aneinanderreihung gewaltig erschütternd, gab Buchholz unter seinem Zeugen- eide die Motive für die einzelnen russischen Attentate an: von der Ermordung Alexanders II. bis zum Attentat Dirsch Bekerts auf den Reichsheldenwahl. Schließlich tauchten auch die Rischmetwer Blutgrenel, Entsetzen verbreitend, empor.

Im Gerichtssaal war es lautlos still geworden. Die Menschlichkeit breitete ihre Flügel aus. Auch am Richterische blieb man nicht unbewegt. Man verstand man alles, auch die wildesten Worte heißblütiger Empörer, die nicht gelernt haben, politisch zu denken... Wägen sie urteilen, wie sie wollen — der russische Absolutismus bleibt der Verurteilte und mit ihm im Karren sitzen seine Helfershelfer und Förderer in Deutschland. „Tua res agitur“ — um deine Sache handelt es sich — so schloß der preussische Justizminister Schönstedt seine Rede in der Russendebate des Reichstages. Nein, wir weisen den Schimpf zurück, daß es unsere Sache sei, das System von Rischmetwer und Wilna, der Pobjedonoszew, Wahl und Espjagin zu verteidigen. Welche furchtbare Selbstbezüglichung, wenn der preussische Justizminister russische Barbarei und den Kampf gegen ihre Befreier als seine Sache auf sich nimmt, in deren Dienst er diesen Prozeß unter seine Protektion genommen hat.

Die Frage der Geheimhändelei wurde in den bisherigen Verhandlungen kaum gestreift. Am Ende der Beweisführung aber erreichte die Verteidigung heute, nachdem sie dem Gericht das offizielle Zugeständnis abgerungen hatte, daß tatsächlich während der ganzen Voruntersuchung die Angeklagten nicht die Titel der beschlagnahmten Schriften erfahren haben, durch Verlesung eines Teils des nicht behandelten Aktenmaterials vollständige Klarheit darüber: die amtlichen Stellen wußten längst von der Schriftenverbreitung. Sie haben auch gleich am Anfang des Verfahrens ausdrücklich erklärt, daß die Schriften einwandfrei seien. Das ist die „Geheimhändelei“. Interessant war ein Telegramm der Züricher Polizei, die freiwillig erklärt hatte, ihr sei von einem nihilistischen Centralkomitee in der Schweiz nichts bekannt, als die natürlich freisinnige „Königsberger Hartungsche Zeitung“ im November v. J. die Schauergeschichte über den Vertrieb nihilistischer Schriften den erschrockenen Philistern der Volkspartei aufgebunden hatte.

Die Verteidigung stellte auch fest, daß Staatssekretär v. Richtig schon vor zwei Jahren ausdrücklich das Recht des Vertreibens russischer Schriften im Inlande anerkannt hatte. Inzwischen hat man im Ruffendienst Fortschritte gemacht, deren ganzes Maß der mit Spannung erwartete Strafantrag des Ersten Königsberger Staatsanwalts bezeichnen wird.

„Triumph der Socialdemokratie“

Es zeigt die Verwahrlosung der bürgerlichen Zeitungen, daß sie erst jetzt kritische Worte gegen den Königsberger Prozeß finden.

Man hat das ungeheuerliche Verfahren von Anfang an ohne Widerspruch sich entspringen lassen. Man hat kaum die sich häufenden und sich steigenden Absonderlichkeiten dieses Verfahrens, deren jede einzelne den „liberalen Rechtsstaat“ jämmerlich höhnte, in kurzen Zeilen verzeichnet. Man hat den preussischen Ministern im Abgeordnetenhause, da sie den Ruffendienst vertreteten, Weisfall gesendet. Man hat stets gehofft, daß der Prozeß zu einer Niederlage der Socialdemokratie führen solle. Um dieses Erfolges willen hat fast die gesamte liberale Presse wohlwollig jede Rechtskränkung und jede schmachvolle Demütigung Deutschlands gegenüber dem Jarrismus geduldet und unterstützt.

Wenn diese Presse jetzt endlich sich gegen den Königsberger Prozeß wendet, so wiederum nicht aus Gründen des Rechts und der nationalen Würde, die sie stets zu vertreten beliebt, sondern nur, weil jener „Erfolg“ entschwindet. Weil der Prozeß zum Triumph der Socialdemokratie geworden ist, anstatt zur Niederlage zu werden, darum findet nun die Königsberger Aktion ebenso das Mißfallen dieser Presse, wie er bisher ihren offenen oder stillen Beifall fand. Nur der Verdruß, daß die Socialdemokratie aus diesem Prozesse stolz hervorgeht und daß die Verderber der Socialdemokratie nicht den erhofften Erfolg erreichen, diktiert die jegliche Kritik der Königsberger Vorgänge.

Die bürgerlichen Zeitungen bekunden den erzwungenen Wandel ihrer „Überzeugung“ in der naiven Offenheit, die beweist, wie völlig das Empfinden dieser Schande verloren gegangen ist. Besonders kennzeichnend ist die Aeußerung der „Kölnischen Zeitung“. Man erinnere sich, wie vor einigen Monaten die nationalliberale Partei im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhause dem Königsberger Verfahren wie allem Ruffendienst der Regierung zustimmte. Jetzt aber sagt das leitende Blatt der Partei:

„Nachdem die Auskunft des Auswärtigen Amtes das Nichtbestehen eines Gegenseitigkeitsvertrages mit Rußland festgestellt, das Vorhandensein dahin zielender gesetzkräftiger Bestimmungen in Rußland aber als nicht bekannt bezeichnet hat, führte der Reichshof den Beschluß, diesen letzten Punkt durch Anfrage bei der russischen Regierung ausklären zu lassen. Wenn auch das deutsche Auswärtige Amt die Anfrage des Königsberger Gerichts mit großer Raschheit, in weniger als 24 Stunden, beantwortete, so scheint doch keine Sicherheit dafür gegeben zu sein, daß auch die russische Regierung mit gleicher Schnelligkeit verfahren wird. Es könnte daher wohl eintreten, daß der Prozeß auf einem toten Punkt anlangt und unter Umständen vertagt werden muß. (Dabon sieht, wie mittelwellig bekannt wird, das Gericht ab. Med. d. Wort.) Wir würden ein solches Ergebnis tief beklagen; denn es liegt im allgemeinen Interesse, daß dieser Prozeß mit seinen recht unerfreulichen Begleiterscheinungen so schnell als möglich, so oder so zu Ende geführt werde. Heute schon kann man es sich leider nicht verkellen, daß die Auffichtsbehörde bei seiner Einleitung nicht mit der nötigen Umsicht und Vorsicht vorgegangen ist und sich über Gefahr auf die Mitteilungen des russischen Konsulats in Königsberg verlassen hat, die sich jetzt in wesentlichen Punkten, um einen höflichen Ausdruck zu gebrauchen, als irrtümlich herausstellen. Aber abgesehen von dieser mangelhaften Begründung der Anklage, ist auch bei den bisherigen Verhandlungen nichts andres herausgekommen, als daß an der russisch-preussischen Grenze ein regel Schmutzhandel mit Schriftwerken getrieben wird, eine Thatsache, die auch vorher schon aller Welt bekannt war und zu deren Erklärung das Aufgebot eines großen Prozeßverfahrens nicht nötig gewesen wäre. Noch zu einer ganzen Reihe Erwägungen giebt dieser Prozeß Anlaß. Wir möchten aber mit ihnen vorläufig zurückhalten, bis er durch einen Richterspruch zu Ende geführt sein wird. Alle beteiligten Faktoren sollten sich darüber klar werden, daß mit einer langen Verleppung oder gar Verletzung des Prozeßes nicht den staatlichen, sondern nur den socialdemokratischen Interessen gedient sein würde. Man sollte also auf Mittel und Wege sinnen, den Prozeß zu beschleunigen und eventuell Anlaß nehmen, den Stand der für den Prozeß ausschlaggebenden russischen gesetzlichen Bestimmungen nötigenfalls in anderer Art als durch russische Auskunft festzustellen.“

Die „Köln. Ztg.“, deren Partei diesen Prozeß halb hoffend, halb freudig gewährend lassend entgegen sah, hat nun keinen andern Wunsch, als daß er nur recht schnell beendet werde. Sie sieht jetzt „recht unerfreuliche Begleiterscheinungen“, den Mangel „an Vorsicht und Umsicht“ bei der Anklagebehörde. Und vor allem giebt sie zu — und dies ist festzuhalten — daß die „Geheimhändelei“ eine Lächerlichkeit ist, daß der Prozeß nichts andres ergeben hat, als was alle Welt und alle Behörden längst wußten, daß ein reger Schriftschmutzhandel über die russische Grenze betrieben wird. Zu solcher Feststellung bedurfte es nicht eines großen Prozeßverfahrens. Also man endige das grausame Spiel — „so oder so“. Es scheint, als gedanke die „Köln. Ztg.“, trotz ihrer jetzigen Meinung über den Prozeß, auch eine Verurteilung für möglich und erträglich zu halten!

Verzeichnet sei heute noch eine Aeußerung des Centrums-Blattes „Märk. Volkstimme“:

„Der Verlauf der Verhandlungen im Königsberger Geheimbund- und Hochverratsprozeß läßt mit ziemlich großer Gewißheit vermuten, daß sich dieser unglückselige Prozeß zu einer Blamage für die in Frage kommenden Behörden und zu einem Triumph für die Socialdemokratie gestalten wird. Um gegen preussische Unterthanen strafrechtlich vorzugehen, muß man erst in Rußland, dem man damit eine Gefälligkeit erweisen will, anfragen, ob man dazu auch berechtigt sei! O du stolzes Deutsches Reich!“

Die Nordruher Handelsvertrags-Verhandlungen. Herr Witte ist wieder in Berlin angelangt, die „grundlegenden“ Verhandlungsversuche in Kopenhagen sind beendet, und bereits

wissen einige Blätter, die sich gerne den Anschein geben, als hätten sie besondere Beziehungen zum Auswärtigen Amt, allerlei Andeutungen über die Ergebnisse der Wilno-Witteschen Konferenzen zu machen. Allen voran natürlich das „Berliner Tageblatt“, das mit der Wiener der Eingeweihtheit verkündet: „Der deutsch-russische Handelsvertrag ist in seinen entscheidenden Punkten fertiggestellt. In allen wichtigen Fragen ist zwischen dem Reichskanzler Grafen Wilno und dem Präsidenten des russischen Ministerkomitees Herrn v. Witte eine Einigung erzielt worden.“

Alle derartigen Angaben beruhen auf bloßen Kombinationen. Sicher ist nur, daß, da die Konferenz nicht kurzweg abgebrochen worden ist, sondern von den beiderseitigen Kommissaren die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden sollen, irgend eine Basis für diese gefunden worden sein muß; welcher Art aber die Verständigung ist, bleibt vorläufig das Geheimnis der Beteiligten, wenn auch manche Annahmen sehr nahe liegen, so z. B. daß die deutsche Regierung für die Zustimmung Rußlands zu den Getreide-Minimalzöllen weitgehende Konzessionen in Bezug auf die Veterinärmaßnahmen gegen Viehseuchen und in Betreff der Holzszölle zugestanden haben dürfte. Wie es heißt, wird Herr v. Witte vorläufig noch in Berlin bleiben, wahrscheinlich um, nachdem die deutsche Regierung sich mit der Aufnahme einer russischen Anleihe in Deutschland einverstanden erklärt hat, hierüber mit den betreffenden Bankhäusern ein Abkommen zu treffen. Wir werden wohl in aller Kürze im „Börse-Courier“ und andern Blättern wieder die bekannten Notizen über die günstige finanzielle Lage, die Zuverlässigkeit Rußlands als Schuldner und die Unerlöschlichkeit seiner natürlichen Hilfsquellen austauschen sehen, die jedesmal einer solchen Emission vorausgehen. Für die nötige Inspiration wird Herr von Wendelssohn-Bartholdy schon sorgen; er gebietet über die erforderlichen Stimulationsmittel.

Interessant ist, daß noch vor drei Tagen die Verhandlungen auf der Spitze standen und Herr v. Witte von Kopenhagen abzureisen gedachte; wie aber den „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Kopenhagen berichtet wird, traf plötzlich vom russischen Auswärtigen Amt eine Depesche ein, durch die Witte ermächtigt wurde, auf breiterer Grundlage mit Wilno weiter zu verhandeln und weitergehende Konzessionen an Deutschland zu machen. Im Augenblick sei es der entschiedene Wunsch des Jaren, daß Rußland in wirtschaftspolitischer Hinsicht zu einem vollständigen Einverständnis mit Deutschland gelange. Wo sollte auch wohl Rußland sonst einen „lieben Freund“ in seiner Bedrängnis finden, der so dienstbeflissen wäre wie der germanische Nachbar.

Deutsches Reich.

Agrarische Rentenquetschen.

Herr v. d. Leden, der jümt in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Aufsatz gegen die Unfallrenten veröffentlichte, hat, so versichert das Bündlerorgan, in ihrem Leserkreise „viel Beachtung und lebhafteste Zustimmung“ gefunden. Um dieser christlichen Kundschafft gerecht zu werden, gleichzeitig aber die bürgerliche Wahllesende — man braucht sie so notwendig für's Volk! — nicht allzusehr zu schädigen, sieht sie sich gleichwohl zu allerhand Verkaufserläuterungen genötigt, um dann erst recht wieder zum Angriff überzugehen. Sie schreibt:

So schwer es dem Landwirte wird, zumal in den Zeiten des Notstandes und des Tiefstandes der Preise, so trägt er doch die mit einer gesunden socialen Fürsorge notwendigerweise verbundenen Lasten willig und ruhig. Wir möchten einmal das Gehör hören, das sich erheben würde, wenn ein großstädtischer Kaufmann oder Couponhändler an socialen Lasten im Verhältnis zu seinem Einkommen so viel zu tragen hätte wie der Landwirt! Worüber er sich beschwert und wogegen sich der Artikel wendet, ist die unbestreitbare Thatsache, daß oft Renten weiter gezahlt werden, zu deren fernerer Bewilligung kein ausreichender Anlaß mehr vorliegt. Ein weiterer Gegenstand berechtigter Klage ist die ebenso unbestreitbare Thatsache, daß das Unfallversicherungsgesetz die Arbeiter unvorsichtiger gemacht hat und daß dadurch die Rentenlast wesentlich vermehrt wird. Wir haben in der Zulassbemerkung, die wir dem Artikel anfügten, die Verechtigung der Klage im allgemeinen anerkannt, möchten aber von vornherein davor warnen, etwa auf eine baldige Reform des Gesetzes in der gewünschten Richtung zu hoffen. Diese Hoffnung würde trügerisch sein. Eine Abänderung des Gesetzes ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten und würde auch bei dem herrschenden Zuge der Zeit nicht so ausfallen, wie es in dem Artikel gewünscht wurde. Unseres Erachtens sollten die Landwirte zunächst ihr Bestreben darauf konzentrieren, daß die Berufsgenossenschaften die peinlichste Umsicht walten lassen. Die Berufsgenossenschaften sind zwar an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden, sie haben aber die Möglichkeit, die Befugnis und die Pflicht, innerhalb der gesetzlichen Schranken dafür zu sorgen, daß das Gesetz nicht mißbraucht werde. Beispielsweise haben sie jetzt schon die Möglichkeit, durch Prüfung von Zeit zu Zeit festzustellen, ob die Rente noch in dem vollen Umfange weiter oder überhaupt noch gewährt werden müsse.

Die „Thatsache“, daß oft Renten ohne ausreichenden Anlaß weiterbezahlt werden, ist nicht nur „unbestreitbar“, sondern unwahr. Die Aufforderung an die Berufsgenossenschaften, die einseitige Vertretungen der Arbeitgeber sind, das ganze System der Rentenquetsche sorgfältig durchzuführen, kann, wenn sie befolgt wird, nur zur Benachteiligung der Berechtigten und zu fortgesetzten Rechtsstreitigkeiten um das armeneliche bühnen Krüppelunterstützung führen. Geradezu toll und eine schwere Selbstanklage ist die Behauptung, daß das Unfallgesetz die Arbeiter unvorsichtiger gemacht habe. Hat der gesunde Arbeiter wirklich im Dienste der Landwirte so wenig zu erwarten, daß er für die Aussicht, zwei Thaler monatlich ausgezahlt zu erhalten, seine Knochen riskieren wollte? Und was bedeutet das herzzerrende Gesöhne über den „herrschenden Zug der Zeit“ anders denn das Eingeständnis, daß sich kein Reichstag des allgemeinen Wahlrechts an die Erfüllung der agrarischen Wünsche wagen dürfte. Erst wenn „Arminius“ Recht bekommt, den die „Deutsche Tageszeitung“ so angelegentlich empfiehlt, und der socialdemokratische „Mißbrauch“, Arbeiterinteressen zu schützen und zu vertreten, beseitigt, wenn das socialpolitische Maßenspiel zu Ende ist, dann, ja dann wird es an der Zeit sein, von Gesetzes wegen über die Krüppel herzufallen, die sich im Herrendienst lahm geben und haben, und die Knochen, die man ihnen vormdem hinwarf, künftig lieber nach der Spodiumfabrik zu tragen. So will es christliche Sitte und deutsche Art!

Schönstedt ab?

Es verlautet, der Minister der preussischen Justiz gedente im Herbst dieses Jahres aus dem Amte zu scheiden; das hohe Alter und die mehr als 50jährige Dienstzeit würden diesen Entschluß genügend erklärlich machen.

Wir zweifeln an der Richtigkeit. Denn wenn auch alle Gesegentwürfe, die Herr Schönstedt in seiner langen ministeriellen Thätigkeit verrietet hat, scheiterten, so wird er dennoch nicht inmitten der Kontraktbruch-Blamage und des Königsberger Zusammenbruchs Abschied nehmen. So jämmerlich will selbst der in Niederlagen Abgehärtete nicht scheiden.

Flottendemonstration und Nationalsocialismus. Die Berliner Zeitung meint, unfrem Partei-Organ, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ sei die rechte Marine-Erleuchtung gekommen, weil es in einer Besprechung der russischen See-Übergriffe sich zwar gegen die weltpolitische Phantasterei der „Kölnischen Zeitung“ wendet, es solle in Zukunft jedem deutschen Vojadampfer ein Kreuzer mitgegeben werden, weil es dann aber sagt:

England und Deutschland brauchen nur dem Russen eine Flottendemonstration zu machen, wie sie sich Venezuela gegenüber leisteten. Natürlich sind mehr Schiffe zu verwenden. . . . Hier wäre ausnahmsweise Gelegenheit, unfrem nutzlosen marinitischen Militarvergeudung eine ganz keine nützliche Seite abzugewinnen.“

Die „Berliner Zeitung“ ist beglückt, daß das socialdemokratische Organ wenigstens eine „ganz keine nützliche Seite“ den Marinevergeudungen abgewinnt. Zwar ist es in der jetzigen Situation ebenso überflüssig, an Flottendemonstrationen vor Kronstadt wie, mit der „Nieler Zeitung“, an Kreuzerentfendungen zu denken. Aber der flottenvermehrungsgeißrige Nationalsocialismus zeigt sich hervorragend bescheiden, wenn er aus einer Bemerkung unfrem Parteiblattes Freude trinkt, die gegen Flottenvermehrungen spricht. Flottenforderungen haben bekanntlich auch vom engsten Augenblicksgefahrpunkt nur Sinn, wenn England als der Feind gilt; mit England könnte Deutschland viele von den Nationalsocialen bewilligte Kriegsschiffe entbehren.

Die Jahresbilanz des Räder-Kurses in Nordschleswig wurde auf den Generalkonventionen der dänischen Vereine, die am Sonntag und Montag in Sonderburg auf der Insel Alsen stattfanden, gezogen. Der dänische Sprachverein hat im verflochtenen Jahr um ca. 100 Mitglieder zugenommen; er zählt jetzt 2025 Mitglieder und hat im Laufe des Jahres 11 500 Wähler in Nordschleswig verteilt. Der dänische Schulverein hat seinen Bestand von 3750 Mitgliedern trotz der beständigen Verfolgungen ausreicht erhalten. Ca. 300 Mitglieder sind im Laufe des Jahres gezwungen worden, ihren Austritt anzumelden, aber ebensoviele neue Kämpfer sind an deren Stelle getreten. Der Verein hat 220 Schüler auf dänische Schulen geschickt. Der dänische Wählerverein gewann im Jahre 1903 über 100 Mitglieder und zählt jetzt deren 3200, die höchste Zahl, die seit 16 Jahren erreicht worden ist. Man sieht, unter Rädern „Geist“ geißelt die Dänenpartei fast noch besser, als unter Matthias selber.

Wegen Mißhandlung Untergebener hatten sich am Donnerstag der Sergeant Winter und der Unteroffizier Frauböse von der achten Compagnie des 4. Garde-Regiments z. F. vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division zu verantworten. Der Sergeant Winter war beschuldigt, den Grenadier Meier mit einem Schiffschiff ins Gesicht geschlagen zu haben, infolgedessen dem Mißhandelten das Blut aus Mund und Nase quoll. Dieser Vorfall hat sich zwar schon vor anderthalb Jahren ereignet, ist jedoch erst jetzt zur Kenntnis der vorgesetzten Behörde gelangt. Der Unteroffizier Frauböse beg Grenadier Basse, als dieser in der Instruktionstunde unachtsam war, vom Säemel, so daß B. gegen ein Spind fiel und blutende Verletzungen am Kopf erlitt. Den Grenadier Meier schlug der Unteroffizier fünfmal vor die Brust und versetzte ihm Ohrfeigen. Den Grenadier Meier faßte F. am Kragen und warf ihn die Treppe hinunter, wobei sich der Mißhandelte Verletzungen am Arm zuzog. Die ganzen Vorfälle wurden erst bekannt im Verlaufe eines Standgerichts gegen den Grenadier Meier. Sergeant W. wollte sich auf nichts entlassen können, gab aber schließlich den bestimmten Befehlen der Zeugen gegenüber die Möglichkeit zu, die oben erwähnten Mißhandlungen verübt zu haben. Auch der Unteroffizier F. wurde durch Zeugenaussagen der Mißhandlung in sieben Fällen überführt und zu vierzehn Tagen mittleren Arrest verurteilt. W., welcher wegen Mißhandlung eines Untergebenen bereits einmal vorbestraft ist, erhielt zehn Tage mittleren Arrest.

Ein heiter' Lied!

Der Russenkonsul fälschte nichts,
Hat sich auch nicht geirrt,
Er hat, so sagt der Staatsanwalt,
Ganz einfach luppeditiert.
Halli, hallo,
Das nennt man so:
Supp—edi—bidi—tiert!

Der Russenjar brach keinen Eid,
Wer so was sagen wird!
Er hat in Finnland nur das Recht
Ein bißel luppeditiert.
Halli, hallo,
Das nennt man so:
Supp—edi—bidi—tiert!

Und nirgendwo hat überhaupt
Ein Unrecht existiert,
Und alles, was wir leiden jetzt,
Ist nur luppeditiert.
Halli, hallo,
Das nennt man so:
Supp—edi—bidi—tiert.

Doch einmal, wenn so manches Wort
All seinen Glanz verliert,
Dann, an dem ersten Tage hat
Sich's ansuppeditiert!
Halli, hallo,
Das war mal so:
Supp—edi—bidi—tiert!

F. L.

Husland.

Frankreich.

Paris, 21. Juli. Der Sachverständige Legrand, der von dem die Untersuchung führenden Offizier Cassel in der Affaire b'Autriche mit der Prüfung der Durchführung des militärischen Nachrichtenbureaus betraut ist, hat an Cassel das Erfuchen gerichtet, dieser heißen Aufgabe entbunden zu werden, weil Mitteilungen über die Kadrierungen vorzeitig von einem Blatte veröffentlicht worden seien und er sich gegen die Unterstellung schümen müsse, daß er an dieser Indiskretion irgendwie beteiligt sei. Er lehne daher die wichtige und streng vertrauliche Prüfung der Durchführung des Nachrichtenbureaus ab.

Die „Humanité“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, die Frage, wer die unter b'Autriche eingetragenen 25 000 Frank erhalten habe, interessiere die Strafkammer des Kassationshofes nur noch sehr wenig. Der Beweis, daß die Zeugenaussagen Gernuschts falsch gewesen seien, sei bereits erbracht worden.

Sum Vatikanstreit.

Paris, 21. Juli. Der Präfect von Mayenne hat dem Bischof von Laval, Geay, ein Telegramm des Ministerpräsidenten, der zugleich Kultusminister ist, übermittelt, worin es heißt, der Rücktritt Geays würde die Regierung in eine falsche Lage bringen. Der Bischof würde dadurch seine Schuld eingestehen und jedes Recht auf das Wohlwollen des Staates verlustig gehen. Der Bischof von Laval scheint trotz des Briefes, in dem mehrere Erzbischöfe in ihn dringen, nach Rom zu gehen, entsprechend der Weisung des Ministers seine Diöcese nicht verlassen zu wollen. Aus Laval wird berichtet, daß der 24jährige Jesuit Vater Trebel in einem Brief den Papst unter Hinweis auf die Gallosigkeit der gegen Geay erhobenen Beschuldigungen gebeten habe, die gegen den Bischof getroffenen Maßnahmen zurückzuziehen, da diese den religiösen Frieden des Departements Mayenne und ganz Frankreichs in unheilvoller Weise bedrohen.

England.

Ein Erfolg Chamberlains. Die auf Anregung Chamberlains Ende vorigen Jahres zusammengetretene, nicht offizielle, aus Vertretern des Handels und der Industrie zusammengesetzte Kommission, welche sich mit Vorschlägen für etwaige zweckmäßige Änderungen des Zolltarifs befaßte, hat jetzt ihren ersten Bericht erscheinen lassen, der sich mit der Eisen- und Stahl-Industrie beschäftigt. Die Kommission schlägt 1. einen allgemeinen Tarif mit niedrigen Zöllen für dasjenige Ausland vor, welches britische Waren zu billigen Bedingungen zuläßt; 2. einen Vorzugstarif, welcher niedriger ist

als der allgemeine Tarif, für diejenigen Kolonien, welche Großbritannien einen angemessenen Vorzug gewähren und 3. einen Maximaltarif mit verhältnismäßig höheren Zöllen für solche Länder, welche britische Waren durch Tarife ausschließen, die Prohibitivzölle gleichkommen. Doch soll hierbei die Möglichkeit gegeben werden, die Zölle auf dem Wege von Verhandlungen auf die Stufe des allgemeinen Tarifs herabzusetzen. —

Rußland.

Eine socialdemokratische Demonstration.

Warschau, 15. Juli. (Fig. Ber.) Freitag, den 8. d. Mis., hat in Warschau wieder eine socialdemokratische Demonstration stattgefunden, deren Verlauf diesmal ein ganz friedlicher war. Es war dies ein demonstratives Begräbnis eines verstorbenen Genossen, dessen tragische Lebens- und Leidensgeschichte für die Schicksale des revolutionären Agitators in Wärschens Reich charakteristisch ist. Der Dahingegangene, Jan Schmidt, deutscher Herkunft und evangelisch, aber ganz polonisiert, Wagenbauer von Beruf, war schon frühzeitig der Agitation beigetreten und in den Jahren 1899—1901 gehörte er zu den thätigeren Mitgliedern der Socialdemokratie. Am 14. Januar 1901 wurde er verhaftet, als Teilnehmer an der socialdemokratischen Demonstration auf dem Begräbnis des Genossen Andrzejewski. Man hielt ihn darauf neun Monate lang in Untersuchungshaft in dem schrecklichen Pawial-Gefängnis. Ohnehin körperlich angegriffen, wie so viele der thätigen Proletarier, wurde er durch die Pein des Gefängnisses so ruiniert, daß, als die Genossen ihr Opfer losließen, er sich sofort im Spital hinlegen mußte, wo er auch zwei Jahre lang lag — bis zum Tode. Eine kurze Zeit agitatorischer Thätigkeit zur Aufklärung der Massen genossen bezahlte mit neun Monaten Gefängnisqualen, gänzlicher Zerrüttung der Gesundheit und einem frühzeitigen Tode! . . .

Dem verstorbenen Märtyrer der Idee gaben die socialdemokratischen Arbeiter Warschens — trotz dem Verbot — ein zahlreiches Geleit. Gleich hinter dem Grab setzte sich ein Zug von etwa 500 Arbeitern in Bewegung, denen sich unterwegs in den Arbeitervierteln immer neue Genossen in dichten Scharen hinzugesellten, so daß vor dem Friedhofe eine mächtige Menge angeammelt war. Auf dem Zuge lag ein Kranz, auf dessen Schleiße die Aufschrift prangte: „Von den Genossen“. Der Leidenzug schritt durch die Straßen: Krakauer Vorstadt, Krakowka, Zabia, Elektornahna zum evangelischen Friedhof. Auf dem ganzen Wege wurden revolutionäre Lieder gesungen.

Der ungehörte Verlauf der eindrucksvollen feierlichen Demonstration läßt sich dadurch erklären, daß die Polizei etwas zu spät und auch ungenau informiert war, so daß sie den „rebellischen“ Zug mit seinem Geleit erst in falscher Gegend suchte und auf dem Friedhof anlangte, als die Menge bereits auseinanderging. —

Asien.

Von der Tibet-Expedition

wird dem „Reuterschen Bureau“ gemeldet, daß die englischen Truppen den Haro-la-Pas überschritten haben, wobei sie nur schwachen Widerstand fanden. Die Truppen haben jetzt 92 Meilen von Lhasa entfernt ihr Lager aufgeschlagen. Die englischen Verluste sind unbedeutend.

Königsberger Geheimbunds- und Hochverrats-Prozess.

Königsberg, 21. Juli.

Neunter Verhandlungstag.

Die Sitzung wird kurz nach 9 Uhr eröffnet. Sachverständiger Professor Dr. Kost gibt eine Uebersicht über die Beteiligung der bei Burzess während erwähneter Persönlichkeiten an den Attentaten. Seine Kenntnis schöpft er neben dem, was er aus eigener Kenntnis weiß von einem Aufenthalt in Rußland zur Zeit der Ermordung Alexanders II., aus dem zweiten Teil von Burzess Schrift „In hundert Jahren“.

Bert. Liebknecht verlangt und setzt durch, daß er auch die Gründe der Attentate

angeht. Stepienka (Krawtschinski) hat 1878 den Gendarmen Oberst Mesgulzew ermordet; Kost ist unbekannt. Der Kiewer Student Palmaschew hat am 2. April 1902 den Minister des Innern Sijjagin ermordet. Scheljabow ist direkt an einer Reihe von Attentatsversuchen gegen Alexander II. und indirekt an seiner Ermordung beteiligt. Chalturin, ein Genosse Scheljabows, war Hauptbeteiligter bei der Explosion im Winterpalais am 6. Februar 1880, ermordete am 18. März 1882 einen Prokurator. Die Perowskaja war an vielen Attentaten gegen Alexander II. beteiligt. Grinewitsch war einer der Teilnehmer am dem erfolgreichen Bombenattentat vom 1. März 1884 gegen Alexander II. Karpowitsch tötete im Jahre 1901 den Minister für Volksaufklärung Wogeljew wegen des Erlasses über die Einreihung der Studenten als Gemeine ins Heer. Lagowski machte am 8. März 1901 einen Mordversuch gegen den Prokurator des heiligen Synods Bobjedonoszew, ebenso Hirsch Ledert gegen den Gouverneur von Wilna, von Wahi, wegen des Ausscheidens der Bauern.

Zeuge Buchholz ergänzt diese Aussage: Der Beginn der terroristischen Akte nach einer Zeit, in der selbst literarisch diese Idee nicht verfochten wurde, war der Schuß der Wera Saffulitsch. Nach einer friedlichen socialistischen Propaganda hatte der Monstreprozeß der 109 in Petersburg stattgefunden. Der Stadthauptmann hatte einen Angestellten wegen Verweigerung des Grusses durchpeitschen lassen, ein damals noch unerhörtes Akt. Sofort waren verschiedene Personen aus allen Gegenden Rußlands nach Petersburg gereist, um ihn zu strafen. Ihnen allen aber kam Wera Saffulitsch, ein etwa zwanzigjähriges Mädchen, zuvor, und das Schwurgericht — damals wurden politische Prozesse noch öffentlich verhandelt — sprach sie frei. Sie ging dann ins Ausland und entwickelte sich dort zur Socialdemokratin. Es folgte unmittelbar die Ermordung des Gendarmen Obersten Mesgulzew durch Krawtschinski, der sich später als litterarischer Schriftsteller unter dem Namen Stepienka einen bedeutenden Namen gemacht hat. Mesgulzew war als Leiter der gesamten russischen Gendarmerie für jede Ausschreitung verantwortlich gemacht worden. Nach der Ermordung Alexanders II. folgten wieder lange Jahre der Stille, in denen wiederum der Terror auch auf dem Papier keinen Vertreter fand. Beendet wurde diese Stille durch das Attentat des Karpowitsch, den ich von seiner Berliner Studienzeit her noch persönlich kenne. In Petersburg hatten anlässlich der offiziellen Jahresfeier der Universität Demonstrationen aus rein akademischen Gründen gegen den mißliebigen Rektor stattgefunden. Sofort überfielen die Kosaken — ein jeder Kosak hat eine Peitsche — die nach Hause gehenden Studenten und mißhandelten sie furchtbar. Die Studenten wehrten sich durch einen großen Streik. Die Regierung ordnete eine Untersuchung an, und der Gehilfe im Kultusministerium Wannowski sowie der Finanzminister Witte erlitten ihren Bericht dahin, daß große Taktlosigkeiten der Behörden vorlägen. Statt dessen aber für die Zukunft vorzubeugen, wurde ein Erlass herausgegeben, wonach demonstrierende Studenten so lange ins Heer eingereiht werden sollten, bis sie sich nach dem Bericht ihrer Vorgesetzten gebessert hätten. Die Studenten hielten die Anwendung dieser Bestimmung für unmöglich. Als aber wiederum aus rein akademischen Gründen in Kiew Demonstrationen der Studenten stattfanden, wurden sie in großen Mengen zu gemeinen Soldaten gemacht. Wieder antworteten die Studenten mit einem Streik, aber diesmal gingen sie schon auf die Straße. Die Demonstrationsbewegung erreichte ihren Höhepunkt, als sich die allerdings nicht wahre Nachricht ver-

breitete, es seien einige Studenten-Soldaten wegen Meuterei erschossen worden. Sofort reiste Karpowitsch nach Petersburg und ermordete den Minister Wogeljew.

Wogeljews Nachfolger wurde Wannowski, von seinem freilichen Gutachten her und wegen der nun sofort erfolgenden Aufhebung des Erlasses sehr beliebt. Nach der Ansprache, mit der ihn der Kaiser in sein Amt einführte, nannte man seine Periode die „der guten Hoffnung und der herzlichen Eintracht“. Aber seine erste That war die rigorose Anwendung der Bestimmungen gegen studierende Juden. Die enttäuschten Studenten

vereinigten sich jetzt mit den Arbeitern zu großen, gemeinsamen Straßendemonstrationen. Nun griff die Regierung zu Durchpeitschungen und Sijjagin wies für Wiederholungen das Militär an, zu schießen. Zugleich verbot er jede private Hilfsaktion, trotz der damaligen furchtlichen Hungersnot auf dem Lande. Die Folge war das Attentat des Kiewer Studenten Palmaschew, dem Sijjagin erlag. Schon vorher hatte übrigens Lagowski einen Mordversuch auf den Oberprokurator des heiligen Synods, Bobjedonoszew, unternommen. Dieser Minister für geistliche Angelegenheiten galt für die Hauptsäule des reaktionären Systems. Ihm wurde als Erzgieher und Berater Alexanders III. zur Last gelegt, daß er diesen von der Inkraftsetzung der von seinem Vater ausgearbeiteten ständischen Verfassung (Parlament mit beratender Stimme) abgehalten habe. Dieser Mordanschlag beweist übrigens deutlich, daß nicht Schriften, sondern Beispiele zu terroristischen Handlungen veranlassen. Schließlich das Attentat Hirsch Lederts. Am 1. Mai 1902 fanden in Wilna Demonstrationen statt, jedoch in kleinem Umfange, so daß die Teilnehmer verhaftet werden konnten. Am Abend wurden im Stadttheater Zettel von der Galerie hinunter geworfen mit der Aufschrift: „Dem Absolutismus! Sonst ist es üblich, daß ein Teil der Demonstranten freigelassen, ein anderer nach Sibirien verschickt wird. Diesmal aber kam der Gouverneur v. Wahi selbst ins Gefängnis, ließ die Gefangenen vernehmen und sagte: Für Euch habe ich etwas ganz besonderes. Dann mußten sich alle Gefangenen, auch die, die sich nur durch Zufall auf der Straße befanden und an dem Manifestzuge gar nicht teilgenommen hatten,

entkleiden und erhielten jeder 30 Knutenhiebe.

Burde einer etwa nach den ersten zehn Schlägen ohnmächtig, so wurde mit dem Weiter schlagen gewartet, bis er wieder zu sich kam. Selbst die Gefängniswärter konnten es vor dem herzerweichenden Geschehen nicht mehr aushalten. Wahi aber sagte nur: „Nun, ich gratuliere zum 1. Mai.“

Verteidiger Dr. Liebknecht: Ich bitte doch, den erwähnten Brief des Karpowitsch vorzulesen, er soll ein ergreifendes Dokument für den Seelenzustand der Studenten sein.

Vorsitzender: Ich glaube doch, das würde zu weit führen.

Verteidiger Dr. Liebknecht: Könnte uns der Zeuge zur Erklärung des Seelenzustandes Burzess nicht die Thatsachen mitteilen, die dieser selbst in seinem Londoner Prozeß geltend gemacht hat?

Zeuge Buchholz: In der Verteidigungsrede, die Lord Colridge für Burzess hielt, führte er dessen Seelenzustand auf den tiefen Eindruck zurück, den der Fall der Frau Sigida auf ihn gemacht hat, der sich im sibirischen Kara-Zuchthaus Ende der 80er Jahre ereignete, zur Zeit, als Burzess in Sibirien war. Um den unerträglichen Qualen des Zuchthaus und der Zwangsarbeit zu entgehen, schlug eine junge etwa zwanzigjährige Frau dem Direktor ins Gesicht, ein Vergehen, das als Insubordination mit dem Tode bestraft zu werden pflegt. In diesem Falle aber beurteilte sie der Leiter des Zuchthaus

zu hundert Peitschenhieben.

Zwei Tage nach der Vollstreckung der Strafe war die Frau tot. Die Gefangenen, wahnsinnig vor Wut und Schmerz, protestierten durch Hungerstreik und Selbstmordversuche.

Sie hatten sich aber nur schwaches Gift verschaffen können, und so versuchten manche dreimal, sich zu töten. Ergreifend schildert Deutsch die Scene des Abschiedes vom Leben und den Freunden.

Drei Männer und zwei Frauen fanden den ersehnten Tod.

Noch ein Wort zu dem schon erwähnten Attentat Katschurs auf den Fürsten Obolenski, den jetzigen Generalgouverneur von Finnland. Als der Fürst

in einem friedlichen Dorfe alle Bauern ohne Ausnahme durchpeitschen ließ,

sagte er zu den Heulern: Nun seid Ihr mit den Männern fertig, jetzt macht Euch an die Frauen! Daraus vergewaltigten die Kosaken die Frauen und mißhandelten sie. Auf diesen Vorgang gründet sich das Attentat Katschurs.

Vorsitzender: Zeuge Buchholz, beschwören Sie alle diese Aussagen?

Zeuge Buchholz: Ja wohl!

Vorsitzender: Ich bitte mir nun die Stellen zu nennen, die noch aus Burzess historischen Schriften überseht werden sollen. (Pause.) Herr Dr. Liebknecht, ich unterhandle mit Ihnen, und Sie unterhalten sich mit den andern Verteidigern! Ein derartiges Verfahren ist mir noch nicht vorgekommen.

Bert. Dr. Liebknecht: Herr Präsident, ich habe Ihre Frage überhört; eine andere Deutung ist doch wohl nicht möglich. Vors.: Also, ich wiederhole meine Frage.

Bert. Dr. Liebknecht: Vielleicht könnten wir beim „Karobowoley“ fortfahren.

Vors.: Ich glaube, (sehr erregt) ich habe die Anordnungen zu treffen, wie die Beweisaufnahme erfolgen soll. Ich ersuche Sie, mir jetzt die Stellen aus Burzess historischen Schriften zu benennen.

Bert. Dr. Liebknecht: Diese Stellen habe ich bereits gestern dem Sachverständigen Dr. Kost mitgeteilt.

Sachverständiger Dr. Kost überseht die bezeichneten Stellen. Da sagt u. a. Burzess: „Wir werden erst dann eine völlige Beendigung des terroristischen Kampfes aussprechen können, wenn die Regierung aufrecht von ihrer jetzigen Räuberpolitik abgehen will. Wir sind für den Terror, nicht, weil er uns gefällt, sondern weil es in der jetzigen Zeit kein andres Kampfmittel giebt, welches ohne Hilfe des Terrors die Regierung zu Zugeständnissen zwingen könnte. Wenn in Rußland eine Politik möglich sein wird, die von keinem Bobjedonoszew mehr abhängig ist — wenn es auch nur eine solche wäre, wie sie unter Boris Weikoff begommen hat infolge des Druckes der Revolutionäre — und wenn offen erklärt wird, daß unter genügenden Garantien die Wera einer freien Entwicklung beginnen soll, werden wir den gleichen Standpunkt wie Stepienka, die Ergreifung friedlicher Bedingungen, gutheißen und werden ebenso gegen den Terror sein, wie wir jetzt in freien Ländern gegen ihn sind. Auch wir haben nicht immer mit Bomben gearbeitet. Wir hatten auch eine roffe Jugend — tragisch, daß sie vergangen ist. Aber es ist nicht unsere Schuld!“

Ähnliches führt Burzess in einer Schrift aus: „Warum man den Terror ausübt, aber nicht davon spricht.“ — Bert. Liebknecht läßt nun zwei Proklamationen des revolutionären Exekutivkomitees verlesen. Die eine ist ein Brief an Alexander III. Es wird darin auseinandergesetzt, wie Alexander II. Schuldige und Unschuldige eingeperrt, durchgepeitscht und gehängt habe, und wie trotzdem die revolutionäre Bewegung nicht erloschen sei, sondern ihn zu Fall gebracht habe. Jetzt unterwerfe der Zarismus das Volk wieder der Leibeigenschaft, begünstige die Spekulationen und Wucherer und

quäle das Volk. Diesem bleibt kein anderer Weg, als entweder die Revolution mit all ihrem schrecklichen Elend, oder ernste und ehrliche Reformen im Staats- und Wirtschaftsleben. Zum Schluß kommt eine Bitte an das Schicksal: Es möchten Verstand und Gewissen dem Jaren den Entschluß zuführen, der sich einzig allein mit dem Geiste Rußlands und seiner Bürger vertritt. Durchdringen von der idealen Gerechtigkeit und Menschlichkeit hätten sich die Handlungen der Partei so lange in den in ganz Westeuropa erlaubten Grenzen bewegt, bis man rohe Uebersälle der Regierungsagenten habe abweisen müssen. Vor die Wahl gestellt, moralisch oder physisch zu Grunde zu gehen, wird das Volk das Leben der Sklaverei vorziehen.“

Den Schluß bildet eine Proklamation des Exekutivkomitees an das amerikanische Volk

aus Anlaß der Ermordung des amerikanischen Präsidenten Garfield.

Sie lautet:

„Indem wir dem amerikanischen Volke unser tiefstes Mitgefühl ausdrücken aus Anlaß der Ermordung des Präsidenten James Abraham Garfield, hält das Exekutivkomitee es im Namen der russischen Revolutionäre für seine Pflicht, Protest auszusprechen gegen diese Gewaltthat und ähnliche Thaten von Mördern in Ländern, wo die Freiheit der Person jedemman die Möglichkeit zu wirken giebt, wo nicht nur die Freiheit des Volkes durch Gesetze bestimmt ist, sondern auch die Persönlichkeit von den Regierungen geachtet wird. In einem solchen Lande ist der politische Mord als Kampfmittel eine Erscheinung desselben despotischen Geistes, dessen Beseitigung in Rußland wie alle als unsere Aufgabe hinstellen. Der Despotismus der Person und der Partei ist gleich verurteilenswert, und Gewalt läßt sich nur rechtfertigen gegen Gewalt.“

Bert. Dr. Liebknecht läßt sich von Zeugen Buchholz noch bestätigen, daß Tschatowitsch die Vereinfachung Burzess dadurch charakterisiert habe, daß er seine Schrift einen „Terrorismus ohne Terror“ nannte.

Dann wird in der Verlesung der Schriften fortgefahren bei Nummer 4 des Burzesschen „Karobowoley“, die in etwa 600 Exemplaren bei Klein, in 2 Exemplaren bei Rowagroski gefunden worden ist.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Schriften als bei sich gefunden anerkenne, antwortet Rowagroski: Ich weiß wohl, daß es zwei kleine Hefte waren, die einen roten Umschlag hatten. (Weiterkeit.)

In dieser Nummer 4 wird zunächst auseinandergesetzt, daß der Zarismus und der Jar die schlimmsten Feinde der Bewegung seien. Der Jar wird „Beträger“ und „Gauner“ genannt. Es heißt dann weiter: Auf Deine Achtung lege ich keinen Wert, Du gemeiner Kerl. — Dann sagt der Text weiter: „Nikolaus II. ist der böseartigste Blinderer des Volkes, der erste Wucherer und Wutbürger in Rußland. Er ist der bedeutendste Ländereibesitzer, Fabrikbesitzer und Kapitalist. Wie die ganze übrige Meute, die um ihn sich drängt und an ihm Unterstützung findet, ist er eine Drohne, die zu keiner nützlichen Arbeit fähig ist, und lebt wie ein Blutegel, der das Volk blutsaugt.“ . . . „Wenn Nikolaus II. auch ein Epileptiker ist, so ist er es doch nicht in dem Maße, daß er für seine Handlungen nicht verantwortlich sein sollte. Das Volk hat er nicht erlunden, aber er ist zur Genüge wissend und denkfähig, um den innersten Kern der zeitgenössischen Ereignisse begreifen zu können. Wir müssen liberal in Rußland die Anschauung populär machen, daß Nikolaus II. bewußtermaßen die Hauptschuld an allen heutigen Unglücksfällen und dem Elend in Rußland trägt. Nikolaus II. hält sich nur durch die Censur, die Gefängnisse, die Kutten, die Gendarmen, die Verhaftungen und den Galgen. Kaum hatte er den Thron bestiegen, als er Arbeiterblut kostete. Das war nach seinem Sinn, und seit jener Zeit fließt das Blut russischer Arbeiter und Bauern ohne Aufhören von Jahr zu Jahr.“ — Dann wird fortgefahren mit dem Studentenleide: „Bisher schleppte man nur die toten Jaren in die Peter Pauls-Kirche, bald wird man die lebenden dahin bringen.“ — Als Hauptaufgabe des Kampfes wird „der Jarenmord, der systematische Jarenmord, eine ganze Reihe von Jarenmorden“ bezeichnet.

Ein Artikel: „Bravo, Serben, bravo!“ feiert die Ermordung des serbischen Königs. Jeder Stoß sei gut, um den Hund zu schlagen. Es sei eine gute Idee, den Palast zu überfallen und den Jaren festzunehmen. — Wegen dieser Nummer ist Burzess aus der Schweiz ausgewiesen worden. — Dagegen wendet sich eine Kotize des „Russischen Revolutionär“, die diese Ausweisung aus der freien Schweiz bedauert, da Burzess ein trefflicher Historiker sei und von der russischen Polizei schwer verfolgt werde. — Den Schluß der Burzesschen Proklamation bildet ein Flugblatt, das zerstreut in einzelnen Exemplaren man wohl nicht mehr bei wem gefunden worden ist. Es ist gerichtet an die Gefinnungsfreunde von der Gruppe der „Vollbeglückter“ und lautet:

„Am 3. Mai wurde in Petersburg mit Wissen und auf Befehl Nikolas II. Palmaschew gehängt. Als Nikolas II. den Thron bestieg, gelobte er, den Fußtapfen seines Vaters Alexanders III. des Heilers, getreulich zu folgen und er wurde seinerseits — und konnte es auch nicht anders — zum Heiler. In Rußland kann es keinen Jaren geben, der nicht Heiler ist. Ohne Galgen, Gefängnis, Kutten, Peitschen, Censur kann der Zarismus in Rußland nicht mehr existieren. Nikolas II. hat eine Anzahl blutiger Verbrechen auf dem Gewissen. Während seiner Regierung floß das Blut der Bauern, Arbeiter und Revolutionäre grenzenlos. Das ist in vollem Sinne des Wortes eine blutige Regierung. Rußlands Geschichtsschreiber werden später einmal des Namens Nikolas II. und seiner Helfershelfer mit Verwünschungen gedenken. Man peitschte mit Kutten, Knuten und Stöcken zu Tode, man schoß auf unbewaffnete Scharen von Arbeitern und Bauern, man mordete in den Gefängnissen und in Posterkammern. Eine ganze Meute von Richtwürgen in der Art von Leuten wie Blichow, Wahi, Sijjagin, Obolenski und Keller verhöhten das russische Volk. Das Volk starb vor Hunger, wie niemals zuvor. Auch für die Zukunft hat Rußland, so lange der Zarismus existieren wird, von der Selbstherrlichkeit nichts andres zu erwarten als Knute, Galgen, Censur und Kutten.“

Es wird dann weiter entwickelt, daß die Reaktion nie so frech hätte triumphieren können, wenn nicht die Revolutionäre schwere taktische Fehler begangen hätten. Nur die Agitation könnte die Regierung beunruhigen, der Terror allein sie schrecken. „So würde die Regierung von Tag zu Tag immer frecher.“ Die gemeine unmensliche Reaktion hat schließlich Leute wie Sijjagin, Obolenski und Nikolas II. hervorgebracht. Deshalb müssen wir jetzt in der Partei die starken revolutionären Kräfte sammeln, um in kürzester Zeit mit dem Zarismus aufzuräumen. Das alte Banner der Volksfreiheit müsse wieder erhoben werden. Mit scharfer Polemik gegen die orthodox-marristische Scholastik, lebhafter Verherrlichung der heldenhaften Revolutionäre und weiteren scharfen Angriffen gegen den Zarismus schließt der Aufsatz mit den Worten: „Tod Nikolas II.! Tod allen scheußlichen Subjekten! Es lebe die Freiheit!“

Bert. Dr. Liebknecht: Der Schluß eines andren Aufsatzes sagt aber klar: „Bei den gegebenen politischen Bedingungen unsrer Heimat muß die Parole lauten: „Vorwärts! Los! Alles andre wird sich finden.“

Die vorletzte in der Anklageschrift citierte Schrift heißt „Die Gewaltthat gegen die Juden“. Darin wird u. a. gesagt: „Wer denn anders als die Regierung trägt die Schuld an den Gewaltthaten gegen die Juden? Wen anders als Nikolas II. sollen wir für den Urheber der schrecklichen Missethaten halten? Er ist nicht der einzige Mörder, aber er steht in der ersten Reihe der Mörder der unglücklichen Hebräer.“

Bert. Dr. Liebknecht bittet, aus einer Denkschrift, die das jüdische Exekutivkomitee in Kishinew der Regierung übersandt habe, einiges Material vortragen zu dürfen, um zu beweisen, daß die russische Regierung an den Kishinewer Missethaten mindestens mitschuldig ist.

Nach dieser Denkschrift teilt Sachverständiger Dr. Wallod mit, daß angefehene Zeitungen, wie die „Frankfurter Zeitung“, die „Wiener Zeit“, die „Times“, sich im gleichen Sinne ausgesprochen hätten.

In Bessarabien sei von jeher in der Bevölkerung alles ruhig gewesen, ein Haß gegen die Juden habe nicht bestanden. Gerade in Bessarabien sei das Land so fruchtbar und die Bevölkerung so wohlhabend, daß alle Gesellschaftsklassen gut nebeneinander hätten bestehen können; von einer Ausbeutung durch die Juden sei überhaupt keine Rede. Es fehle in Bessarabien auch völlig das Element der „Vorfürer“, das sonst besonders in den Hafenstädten die Anfälle auf die Juden in erster Reihe mitmache. Da plötzlich, etwa fünf Jahre vor dem großen Judenmorden, sei der „Bessaraber“ von Kruschewan begründet worden, dessen skandalöse Demagogie mit schimmernden Mitteln und heftigeren Ausdrücken gearbeitet hätte, als in Deutschland etwa

Graf Bückler.

Trotzdem im „Bessaraber“ täglich Redensarten wie: „Tod allen Juden! Alle Juden müssen erwürgt werden!“ gestanden haben, sei die Censur nicht eingeschritten, und so habe dieses einzig zugelassene öffentliche Organ die Bevölkerung vollkommen vergiftet. Von den besorgenden Regierungen sei schon lange vorher ganz öffentlich gesprochen worden. Weder der Polizei noch den Juden sei das ein Geheimnis gewesen. Da den Juden aber von den Regierungen gemacht worden seien, hätten sie nicht an ihre eigene Verteidigung gedacht. An den Unruhen hätten sich Schatzleute und selbst Polizeioffiziere beteiligt, indem sie Juden entwarfen und durch Zurufe: „Haut die Juden!“ die rasende Menge noch angefeuert hätten. Als gegen Abend endlich die Polizei eingeschritten sei und Verhaftungen vorgenommen habe, hätten die Verhafteten ganz verwundert gegen ein solches Vorgehen protestiert: „es sei doch erlaubt, Juden zu hauen“. Das Militär, das sonst bei jeder Kleinigkeit einschreite, sei dreimal telegraphisch requiriert worden, ehe die erforderliche Genehmigung zur Verwendung einging.

Verteidiger Dr. Liebnecht macht noch auf die in der vorgelegten von Peter v. Struve herausgegebenen und eingeleiteten Denkschrift enthaltenen, schauerlichen Bilder von Mischmetz Reichen aufmerksam.

Auf seine Veranlassung giebt Zeuge Buchholz eine Schilderung von der zwei Monate später erfolgten Judenverfolgung in Homel. Auch dort fanden die Regierungen unter ähnlichen Grausamkeiten statt. Auch dort entwarfen die Polizei das jüdische Schulkomitee usw. Die Juden, die sich zur Wehr setzten, wurden verhaftet und sind bis zum heutigen Tage noch nicht wieder freigelassen worden.

Mit einer in vielen Exemplaren bei den Angeklagten Klein und Kögl gefundenen Nummer der „Iskra“ wird die Schriftenverlesung beendet. Es wird darin in einem Leitartikel „Ueber den roten Kongress im roten Land“ (Dresdener Parteitag) bemerkt, daß drei Herrscher in dieser Woche in Wien gewesen seien: Eduard VII., Wilhelm II. und Nicola, und dann wird die Resolution einer slavisch-socialdemokratischen Versammlung in Wien wiedergegeben, die den Jaren und seine Helfershelfer als das größte Schandmal des Slaventums und seiner Kultur bezeichnet. So oft der Name des Jaren in jener Versammlung, in der alle slavischen Sprachen und Stämme vertreten waren, ausgesprochen worden, sei er mit lauten Rufen: „Fut!“ und: „Nieder mit dem Jaren!“ empfangen worden.

Auf die Prüfung eines kleinen politischen Werkes: „Wie der Zar die Religion bei Gott verklagen ging“ wird allseitig verzichtet, da es bereits vor 15 Jahren erschienen ist, sich also gar nicht auf den jetzigen Jaren beziehen kann.

Der Vorsitzende bittet nun die Anklage und die Verteidigung, alle etwa noch zu stellenden Beweis- anträge vorzubringen.

Verteidiger Haase: Im Augen ist noch Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Baum zu hören. Er soll bestätigen, was ich am ersten Tage behauptet habe, daß der Verteidigung und den Angeklagten während der ganzen Voruntersuchung weder die inkriminierten Schriften vorgelegt, noch auch um ihre Titel mitgeteilt worden sind. Ich lege mir deshalb Wert darauf, weil es dann möglich gewesen wäre, festzustellen, wie die 600 Nummern des „Korobowolet“ und die 300 Schriften von Burzsch an die Adressen Klein und Kowagroski haben kommen können. Ich habe vom 13. September an unablässig gebeten, mir diese Pakete zugänglich zu machen, gerade mit der Begründung, daß sie zur Aufklärung der Sachlage beitragen sollten. Ich darf die Ueberzeugung aussprechen, daß, wenn dies geschehen wäre, durch Rückfrage nach Zürich die Spur des jetzt unbekanntem Absenders sich hätte erweisen lassen.

Vorj.: Ich habe aus den Akten festgestellt, daß Sie in der That zahlreiche Anträge auf Vorlegung der Schriften gestellt haben. Ich nehme das ohne weiteres als bewiesen an.

Vert. Haase: Dann können wir auf den Zeugen Baum verzichten. Ich bitte dann weiter aus dem Bericht der Reichstags- sitzung vom 10. März 1902 die Reden Webers und des Staats- sekretärs v. Nischhofen zu verlesen. Damals sagte Weber: Frau Kugel könnte doch nicht dafür bestraft werden, daß auf preussischem Boden ein Lager verbotener Schriften von ihr unterhalten worden wäre. Darauf erwiderte der Staatssekretär: Dafür allerdings nicht, aber die russischen Behörden behaupten, daß sie mit verbotenen Schriften nach Rußland herübergegangen sei. Und am 19. März sagte der Staats- sekretär hinzu, daß niemand versuchen sollte, mit revolutionären Schriften nach Rußland hinüberzugehen, man solle dort nicht dieselbe Nachsicht wie bei uns. Freilich trete das Auswärtige Amt nach Rücksicht auch für solche Personen ein. Aber allzu weit könne man darin nicht gehen. — Die Verlesung bestätigt diese Inhalts- angabe.

Vert. Haase bittet, aus den Akten noch einige Auskünfte der Landratsämter und Steuerämter vorzulesen. — Es heißt da, man habe die Schriften durch einen Dolmetscher prüfen lassen. Da aber keine anarchistischen darunter gewesen, seien sie unbeanstandet dem Adressaten, Arbeiter Klein, ausgehändigt worden. Der Bericht stammt aus dem Jahre 1903.

Es folgt ein Schreiben des Hauptsteueramts in Königsberg an die Staatsanwaltschaft: „Auf Ihre Schreiben vom 20. Mai über den Eingang russisch-socialdemokratischer Schriften erwidern wir, daß wir über das Eintreffen verdächtiger Schriften schon wiederholt dem Landratsamt Mitteilung gemacht haben, worüber die Akten deselben Aufschluß geben werden. Ein Verfahren hat hier nicht geschwiebt und nur einzelne Exemplare der Schriften sind dem Landratsamt überhandt worden.“

In einem Schreiben des Landratsamtes Wemel an die Staatsanwaltschaft wird dann ausgeführt, daß der Bericht über den Schmuggel lettischer und russischer Schriften aus dem Auslande direkt an das Gericht geschickt worden sei, aber für das Vorliegen einer geheimen Verbindung hätten sich keinerlei Anhaltspunkte ergeben.

Das Zolamt in Tilsit teilt der Staatsanwaltschaft mit, daß verbotene Schriften von Mertins nicht eingegangen seien. — Die Berliner Poststelle hat ein Paket russischer Schriften aus Wien an Kugel beschlagnahmt, es aber wegen seines unbedenklichen Inhaltes wieder freigegeben. — Schließlich lautet ein Telegramm der Jülicher Polizeiverwaltung vom 8. November folgendermaßen:

„Laut Königsberger Hartung'sche Ztg.“ sind dort ganze Stöße revolutionärer und nihilistischer Schriften beschlagnahmt worden, die von einem Jülicher Aktionskomitee verschickt worden sein sollen. Wir bitten um Mitteilung von Anhaltspunkten, um nähere Nachforschungen anstellen zu können. Von oben genanntem Aktionskomitee ist hier nichts bekannt. Erbitten Drahtnachricht.“

Verteidiger Dr. Liebnecht bittet festzustellen, was in den noch uneröffneten großen Paketen enthalten ist, die im Gerichtssaal liegen. Er läßt sich bestätigen, daß sie lauter unbedenkliche socialdemokratische Schriften enthalten.

Erster Staatsanwalt Dr. Schüge: Am 20. Februar brachte die „Leipz. Volksztg.“ die Mitteilung, daß die vom Justizminister im Landtage verlesenen Citate gefälscht seien. Herr Sachverständiger Dr. Koss, das waren doch Ihre Uebersetzungen; haben Sie den Artikel nachgeprüft?

Sachverh. Dr. Koss: Allerdings. Mir ist noch kein so leichtfertiger Artikel wie dieser vorgekommen. Nicht einmal die Grund-

Bedingungen einer Polemik sind erfüllt. Man hat sich nicht nach dem amtlichen Stenogramm darüber orientiert, was überhaupt gesagt worden ist, sondern sich einfach an einen Parlamentsbericht angegeschlossen. So wird gegen einen Satz geflümpert, der weder von mir noch von sonst jemand überfetzt worden ist: „Nikolaus II. soll bald am Laternenpfahl baumeln.“ In einem Fall hat der Minister allerdings nur einen Satz aus meiner Uebersetzung herausgegriffen, aber auch da ist der Gedankengang Burzsch's im wesentlichen richtig wieder- gegeben.

Vert. Haase: Sämtliche Angeklagten und Verteidiger haben während der ganzen Verhandlung nie bezweifelt, daß die Uebersetzung des Herrn Dr. Koss jagemäßig und verständlich ist. Der Artikel nahm wohl auch an, daß die citierte Uebersetzung von dem russischen Generalkonsul stamme.

Vorsitzender: Wir wollen uns nicht weiter mit diesem Zeitungsartikel beschäftigen. Wie falsch die Reporter berichten, können wir jetzt täglich beobachten.

Erster Staatsanwalt Dr. Schüge: Am vergangenen Sonntag hat die „Post“ eine Uebersetzung aus der „Iskra“ gebracht, die, wenn sie richtig ist, das Blatt als nicht so harmlos darstellt. Danach soll die „Iskra“ am 25. Februar 1904, um das Recht Rußlands auf aktive Beteiligung an der Bewegung zur Civilisation zu behaupten, den Aufruf empfohlen haben.

Vert. Liebnecht: Gerade jetzt zum Schluß kommt der Versuch, die socialdemokratische Partei Rußlands zu treffen. Wir müssen um eine kleine Pause bitten, um uns über dieses neueste Beweismaterial zu orientieren.

Vert. Haase: Ich wüßte allerdings — das muß ich offen gestehen —, daß die „Post“ diesen Artikel der Berliner politischen Polizei überhandt hatte und diese ihn hierher mitgeteilt hat. (Der Staatsanwalt ruft: Ich lese auch sonst die „Post“! Große Heiterkeit.) Ich konnte aber wirklich nicht annehmen, daß der Herr Staatsanwalt ihn hier vortragen würde.

Nach Ablauf der Pause erklärt der Erste Staatsanwalt: Nachdem Herr Dr. Koss mich befehrt hat, daß die Uebersetzung zwar richtig ist, aber wegen des Wortes „Blutvergießen“, das hier soviel bedeutet wie „eignes Blutvergießen“, doch einen andren Sinn giebt, ziehe ich meinen Antrag zurück. (Große Heiterkeit.)

Vert. Haase: Die Motivierung gefällt uns zwar nicht, aber wir wollen nicht auf der Verlesung bestehen.

Damit

schließt die Beweisaufnahme, vorbehaltlich der noch zu erwartenden Auskunft aus Petersburg über die Verbürgung der Gegenseitigkeit durch das russische Gesetz.

Nachdem Staatsanwaltschaft und Verteidigung erklärt haben, daß die Auskunft Rußlands für ihre bereits feststehende Rechtsauffassung ohne Bedeutung sei, wird die weitere Verhandlung auf Freitag 9 Uhr mit der Festsetzung vertagt, daß dann die Plaidoyers beginnen sollen.

Schluß 3 Uhr.

In unserm Bericht ist gesagt worden, Professor v. Reukner sei Inhaber des Andreaskreuzes. Dies ist ein Irrtum, er ist Inhaber des Annenordens. Die Nichtigstellung ist nötig, weil Professor v. Reukner in seiner Heimat in den Ruf einer lächerlichen Unwahrheit kommen könnte, da der Andreaskreuz nur an regierende Fürsten verliehen wird.

Soziales.

Arbeiterauschüsse auf Bahnhöfen und Güterböden sollen, wie die „Soziale Praxis“ meldet, im Bereiche der preussischen Eisenbahnverwaltung ähnlich den in den Betriebswerkstätten errichtet werden, welche Wünsche und etwaige Beschwerden allgemeiner Natur vortragen und über Fragen des Arbeitsverhältnisses und der Arbeiterwohlfahrt auf Verlangen der vorgelegten Dienststelle gutachtliche Äußerungen abgeben sollen. Versuchsweise werden solche Arbeiterauschüsse zunächst auf dem Frankfurter Hauptbahnhofe und Güterbahnhofe, dem Hanauer Eschbahnhofe und den Frankfurter Bahnmeistereien gebildet. Die zu nähernden Leute müssen mindestens 30 Jahre alt und wenigstens fünf Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt sein. Wahlberechtigt sind alle Eisenbahnarbeiter, welche ein Jahr bei der Bahn beschäftigt sind.

So notwendig Arbeiterauschüsse sind, so segensreich sie wirken können, werden sie doch so lange nur Dekorationswert haben, als sie nicht eine selbständige, von der Betriebsleitung unabhängige Stellung genießen. Eine solche garantiert die von der preussischen Eisenbahnverwaltung hier gewählte Verfassungsform, die nur eine Einberufung des Ausschusses bei besonderen Gelegenheiten vorstelt, keineswegs. Auch wird nicht gemeldet, ob der überragende Einfluß des behördlichen Vertreters, der in den Arbeiterauschüssen - Sitzungen der Betriebswerkstätten sich bisher geltend machte, bei diesen neu errichteten Ausschüssen eingeschränkt worden ist.

Ein Musterbetrieb scheint derjenige der Bierbrauerei-Aktiengesellschaft vormals Gebr. Köpfer in St. Johann a. d. Saar zu sein. Deren Direktor, Herr Richard Schäfer, kaufmännischer und technischer Leiter des Betriebes, stand heute vor der Strafkammer des königlichen Landgerichts Saarbrücken unter der Anklage, Arbeiter unter 16 Jahren regelmäßig länger als die gesetzliche Arbeitszeit beschäftigt und ferner diese Jungen ohne irgend eine behördliche Genehmigung sorglos zur Sonntagsarbeit verwendet zu haben. Der Herr Direktor giebt an, er habe von alledem nichts gewußt. Für die Abteilung des Flaschenbetriebes sei der Flaschenmeister Wurster verantwortlich gewesen. Auf das Verhalten von Seiten des Herrn Präsidenten, er müsse doch am Lohnstage Kenntnis erhalten haben, weil den Jungen doch so viele Ueberstunden bezahlt werden müßten, erwiderte der Angeklagte, die Jungen hätten dafür nichts bekommen. Am wurden eine größere Anzahl der jugendlichen Arbeiter vernommen und alle bekundeten übereinstimmend, daß sie an den meisten Tagen mehr als zwölf Stunden, an vielen Tagen von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr beschäftigt worden seien, sehr oft ohne Mittagspause. Außerdem hätten sie jeden Sonntag zur Arbeit erscheinen müssen, wenn sie nicht zum Teufel gejagt werden wollten, und für alle diese Mehrleistungen zahlte diese noble Firma keinen Pfennig Lohn. Trotzdem wurde der Angeklagte freigesprochen, da jetzt ein Verfahren gegen den Flaschenmeister eingeleitet werde und es sich dann ergebe müsse, in wie weit dem heute Angeklagten eine Schuld trifft.

Aus Industrie und Handel.

Der Saatensand in Preußen stellte sich nach den amtlichen Ermittlungen um die Mitte des laufenden Monats (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering.)

	Juli 1904	Juni 1904	Juli 1903
Winterweizen . . .	2,6	2,5	2,8
Sommerweizen . . .	2,9	2,8	2,6
Winterroggen . . .	2,2	2,8	2,1
Wintergerste . . .	2,6	2,6	2,6
Sommergerste . . .	3,2	3,2	2,8
Hafer . . .	2,9	3,0	2,6
Pfer . . .	3,1	2,9	2,7
Kartoffeln . . .	2,8	2,8	2,8
Klee . . .	3,5	3,1	2,6
Luzerne . . .	3,3	2,7	3,0
Wiesen . . .	3,3	3,0	2,6

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es, nach der großen Dürre, welche in den östlichen Provinzen den Soalen verderblich zu werden drohte, seien im letzten Drittel des Monats Juni in den meisten dieser Gegenden teilweise nicht unbedeutende Niederschläge erfolgt. Wenn freilich die Regenfälle in der schon vorgerückten Jahreszeit den erlittenen Schaden nicht hätten

gutmachen können, seien die Ärsichte doch vor weiterer Verflammerung bewahrt worden. Am häufigsten lauteten die Berichte aus Schlesien, wo in manchen Gegenden monatelang kein nennenswerter Regen hingetroffen sei. Auch in den Provinzen Brandenburg, Posen und Sachsen sei vielerorten lange kein Tropfen gefallen. Auch aus den westlichen Staatsgebieten kamen zahlreiche Klagen über zu lange Trockenheit. Das Uebel sei durch nördliche Winde verschärft worden, die im ganzen Lande die Luft so abtäteten, daß kurz vor Eintritt der übermäßig heißen Tage Mitte Juli in Ost- und Westpreußen während der Nächte vom 13. Juli und 14. Juli das Thermometer unter Null fiel. Viel Ernteschaden hatten auch im Anfange des Berichtemonats in Begleitung von Seiwitern niedergegangene Hagel- schläge gebracht.

Die deutsche Roheisenproduktion des Monats Juni ist um rund 20 000 Tonnen hinter der des Mai zurückgeblieben: eine Folge der Abflauung des Marktes. Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller stellte sich nämlich die Roheisenzeugung des Deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Juni 1904 auf 863 785 Tonnen, darunter Gießerei-Roheisen 188 356 Tonnen, Bessemer-Roheisen 27 314 Tonnen, Thomas-Roheisen 637 878 Tonnen, Stahl- und Spiegelisen 48 088 Tonnen und Puddel-Roheisen 67 179 Tonnen. Die Gesamt- erzeugung des ersten Halbjahres 1904 beträgt 4 990 413 Tonnen Roheisen gegen 4 934 532 Tonnen im Vorjahre, übertrifft die des- selben Zeitraumes 1903 also noch immer um 64 881 Tonnen. Die Mehrzeugung entfällt auf Gießerei-, Bessemer- und Thomas- Roheisen, während in Stahl- und Puddelisen weniger hergestellt worden ist.

Ein Schloßfabriken-Syndikat. Die Schloßfabriken des bergischen Landes haben nach längeren Verhandlungen die Gründung eines Syndikats beschloßen. Sechzig Firmen sollen sich schon zum Beitritt bereit erklärt haben. Beabsichtigt ist die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Einkaufsstelle für Roß- und Galbprodukte und eines gemeinschaftlichen Verkaufes- und Absatzkomplexes, sowie — selbstverständlich! — eine allgemeine Erhöhung der Preise, zunächst um 10 Prozent.

Türkische Anleihe. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel von gestern: Die Türkei ist mit England in Verhandlung getreten, das bereit ist, eine dreiprozentige Anleihe, aus der die von der Türkei an Rußland noch zu zahlende Kriegsschuldigung auf einmal ausgezahlt werden soll, zu garantieren. Unter welchen weiteren Bedingungen dies geschehen soll, ist jedoch noch nicht bekannt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 21. Juli. (B. Z. V.) Von zuständiger Seite wird gegenüber dem mehrfach umlaufenden Gerüchte, daß die Gräfin Montignoso (frühere Kronprinzessin von Sachsen) demnächst eine Begegnung mit ihren Kindern haben werde, mitgeteilt, daß eine solche überhaupt nicht in Frage kommt und also auch nicht während des Aufenthalts des Kronprinzen Friedrich August von Sachsen und seiner Kinder in Bad Schandau erwartet werden kann.

Heidelberg, 21. Juli. (B. Z. V.) Es hat sich hier ein all- gemeines deutsches Komitee gebildet zur Begründung eines dauernden Bundes gegen Wiederherstellung des Heilbrunner Schlosses, der dem- nächst an die Öffentlichkeit treten wird. Es sind hervorragende Professoren und Kräfte dazwischen dabei beteiligt.

Warschau, 21. Juli. (B. Z. V.) Der Socialistenführer Dr. Marek erschien mit einer Abordnung der ausständigen Petroleum- arbeiter beim Statthalterrat Privowski mit der Bitte um Inter- vention zum Zweck der Wiederannahme der Verhandlungen und legte schriftlich die Forderungen der Arbeiter der Statthalterei vor. Privowski überreichte dieses Schriftstück dem Ausschuss der Arbeitgeber.

Englisches Oberhaus.

London, 21. Juli. (B. Z. V.) Lord Burghclere lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Vorschläge der Regierung über die Heeresreorganisation. Earl of Roberts billigt einige dieser Vorschläge, während er andre als den Interessen des Heeres nachteilig bezeichnet. Der Parlamentssekretär des Kriegs- amtes Earl of Donoughmore und der Minister des Äußeren Marquis of Lansdowne verteidigen demgegenüber die Vor- schläge der Regierung. Lansdowne erklärt, diese Vorschläge stellten nicht die endgültigen Beschlüsse der Regierung über alle Punkte der Heeresreform dar.

Englisches Unterhaus.

London, 21. Juli. (B. Z. V.) Im Laufe der Verhandlungen über den Etat des Kolonialamts erklärt der Minister für die Kolonien Lyttelton, die Regierung habe beschloßen, daß im nächsten Jahre fünf Mitglieder des gesetzgebenden Rats in Trans- baal, die jetzt von der Regierung ernannt werden, durch ge- wählte Mitglieder ersetzt werden sollen. Ihre Wahl wird zeigen, ob die Regierung hinsichtlich ihres Verfahrens betreffend die Heran- ziehung von chinesischen Arbeitern gerechtfertigt dasteht. (Beifall.)

Zusammenziehung der englischen Flotte im Mittelmeer.

Nasta, 21. Juli. (B. Z. V.) Kuzer dem Torpedo-Depotsschiff „Sultan“ und dem Kreuzer „Pyramus“ sind heute auch die Torpedo- Kanonenboote „Sperdy“ und „Garrier“ von hier in See gegangen, um zu dem Mittelmeer-Geiswader zu stoßen.

Suez, 21. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Der Dampfer der ägyptischen Regierung „Abbas“ ist, wie jetzt bekannt wird, am Montag nach dem Roten Meere ausgelaufen, wie man an- nimmt, um zu verlangen, daß die von den russischen Schiffen „Smolensk“ und „Petersburg“ zur Fahrt durch das Rote Meer ge- nommenen Vorfälle diese Schiffe verlassen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 21. Juli. (B. Z. V.) Ein Telegramm General Kurapatins an den Kaiser von gestern besagt: Im Bereich der Armee sind keine besonderen Veränderungen eingetreten. In der Nacht auf den 19. Juli machten eine freiwilligen Abteilung und Kosaken einen Ueberfall auf eine japanische Feldwache, die sich in einem Hause beim Dorfe Dzubianja, sechzehn Werst südlich von Hawuan, befand. Einundzwanzig Japaner wurden durch Bajonnet- stiche niedergemacht, ein kleiner Teil der Feldwache entkam durch die Fenster und floh ins Gebirge, wurde aber vom Feuer einer japanischen Compagnie empfangen, die zu Hilfe herbeigeeilt war. Nach den erbeuteten Wägen und andren Gegenständen bestand die Feldwache aus Mannschaften des vierten Garderegiments. Auf unserer Seite wurden ein Schüge getötet und vier verwundet.

Tientsin, 21. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Hier geht das Gerücht, daß die Japaner gestern Port Arthur festig beschloßen hätten. — Nach einer aus Nutschwang eingetroffenen brieflichen Nachricht hat der Befehlshaber eines dort eingelaufenen russischen Torpedobootes berichtet, er habe im Golfe von Petschil in Folge eines Zufalles einen englischen Dampfer mit einem Torpedo getroffen; man vermutet, daß es sich um den vermischten Dampfer „Sipoang“ handelt.

Minden, 20. Juli. (Meldung der russischen Telegraphen-Agentur.) Unter den Chinesen geht das Gerücht, daß die Besatzung bedürftige Gerücht, in der Gegend von Hinnintun werde gegenwärtig eine 2000 Mann starke Abteilung von Chinesen unter Anführung von 12 japanischen Offizieren zusammengezogen. Aufgabe dieser sogenannten Truppe sei eine plötzliche Bewegung in der Richtung auf Minden und Tieling, um die Bahnlinie zu beschädigen und dadurch die Ver- bindung der russischen Armee mit ihrer Basis zu beeinträchtigen. Die Abteilung sei bereits vor kurzem in der Provinz bei Koulo erschienen und habe für die Mandchurei bestimmtes Vieh weg- genommen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Ein ernstes Gefecht nördlich von Liaojang?

London, 21. Juli. Aus General Kurolis Hauptquartier wird unterm 19. Juli telegraphiert, daß ein Kampf bei Tschantan, 48 Kilometer nördlich vom Motienpaß, im Gange war und die Möglichkeit vorlag, daß eine allgemeine Schlacht daraus entstehen würde. Die Japaner ergriffen die Initiative, bildeten eine strategische Front und ließen bei Tschantan auf den Feind; die Russen zogen sich anfänglich zurück, erhielten aber Verstärkungen und erneuerten den Kampf.

Wäre die Nachricht richtig und erlitten die Russen eine neue Niederlage, so würde Kuroli wohl nicht länger säumen und durch das Vordringen seiner Armeen nach der Eisenbahnlinie Liaojang-Mukden den Russen die Rückzugslinie völlig abschneiden. Lange können jetzt die entscheidenden Schlagen ohnehin nicht mehr verzögert werden.

Heber das Wladiwostok-Geschwader

liegt folgende Meldung vor:

Tosio, 21. Juli. Der Dampfer „Takashima Maru“ ist in Mororan eingetroffen, nachdem er vorher von dem russischen Wladiwostok-Geschwader durchsucht worden war. Der Dampfer berichtet, die russische Flotte sei ihre Fahrt mit äußerster Kraft nach Südosten fort, als wenn sie nach Saigon (französisch-Hinterindien) fahren wolle. Es sei möglich, daß dies nur eine List sei, um japanische Schiffe aufzuspüren.

Der russisch-englische Konflikt.

Die Beschlagnahme der „Malacca“ im Roten Meer wird von der englischen Presse zum Teil in sehr erregter Form behandelt.

„Daily Telegraph“ äußert, der Minister des Äußern Marquis of Lansdowne habe das Vertrauen des Landes gerechtfertigt und mit der Festigkeit und dem schnellen Entschluß gehandelt, die an die besten Tage der nationalen Politik erinnerten.

„Daily Graphic“ hofft, die russische Regierung werde das Einsehen besitzen, den „Malacca“-Fall auf dem einzig möglichen Wege baldmöglichst aus der Welt zu schaffen.

„Daily Chronicle“ meint, es liege auf der Hand, daß der Kommandant der „Petersburg“ einen schweren Fehler begangen habe und daß die russische Regierung sich kaum weigern könne, eine schnelle und geeignete Abhilfe zu schaffen.

„Daily News“ folgten, das Vorgehen der „Smolensk“ und „Petersburg“ erfordere ein schnelles und festes Handeln; Rußland würde gut beraten sein, wenn es das kriegerische Verhalten seiner Freiwilligenflotte desabonnierte.

„Morning Post“ schreibt, wenn England die Beschlagnahme der „Malacca“ zugeben würde, so wäre das gleichbedeutend mit der Einwilligung in das Zerreißen des Londoner Vertrages von 1871 und zwar gerade zu der Zeit, wo es Englands klare Pflicht als neutrale Macht sei, den Vertrag unverletzt zu erhalten.

„Standard“ erwartet zu sehen, daß die „Malacca“, ehe ein längerer Zeitverlust eingetreten sei, ausgeliefert werde; sollte dies unglücklicherweise nicht der Fall sein, müßten die Kommandanten der Hauptstationen des Mittelmeeres Verhaltensmaßregeln erhalten. Außerdem müßte den Häfen der freiwilligen Seeräuber Einhalt getan werden.

„Daily Mail“ kann kaum glauben, daß der Kaiser von Rußland nach seinen Bestrebungen im Interesse des Friedens jetzt leichtsinnigerweise England zwingen wolle, seine Ehre zu verteidigen.

Die „Times“ äußern, die Lage könne dann außerordentlich ernst werden, wenn die russische Regierung eine Ungerechtigkeit und eine Thorheit begehen würde, deren sie für fähig halten zu müssen den Engländern leid thun würde.

Die Affaire gelangte auch heute im Unterhause zur Sprache. Ueber die Verhandlung wird gemeldet:

London, 21. Juli. Unterhaus. Laurie erklärt, er stelle seine Anfrage betreffend die Beschlagnahme englischer Dampfer bis Montag zurück, weil ihm der Unterstaatssekretär des Äußern Earl of Percy darum ersucht habe und weil er die Wichtigkeit der Frage anerkenne. Gibson Bowles fragt an, ob die „Malacca“ von Port Said im Besitze der russischen Prisenmannschaft abgesetzt sei und ob Walfour vor Ende der Session eine Erklärung über die ganze Frage geben könne. Premierminister Walfour erwiderte, er glaube, daß die „Malacca“ tatsächlich im Besitze der Prisenmannschaft von Port Said abgesetzt sei. Es müsse zweifellos vor Ende der Session dem Hause eine Erklärung über die sehr ernste Frage der Beschlagnahme englischer Dampfer durch Schiffe der russischen Freiwilligen-Flotte geben, indessen halte er eine verfrühte Erklärung nicht für wünschenswert.

Die „Malacca“ selbst ist von Port Said weitergegangen. Als Bestimmungsort vermutet man Cherbourg oder Libau. Ihre Auslieferung an England dürfte aber bei der Energie, die die englische Regierung entwickelt hat, nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Auch die Freiwilligen-Flotte selbst tritt bereits merklich schwächer auf. Ein Telegramm besagt:

Aden, 21. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Ein Dampfer der französischen Messageries Maritimes passierte unbefragt die Dampfer der russischen Freiwilligen-Flotte „Petersburg“ und „Smolensk“, die sich noch in derselben Gegend aufhalten. Ebenso wurde heute morgen der Dampfer „Palawan“ der Peninsular and Oriental Linie nicht angehalten.

Gewerkschaftliches.

Hirsch-Dunkersche Citierkünste.

Der „Gewerkverein“ kommt in seiner letzten Nummer auch auf die Erklärung der Breslauer Bauhilfsarbeiter zurück und erklärt dazu:

„Wie man willkürliche Zusätze machen und wichtige Bestimmungen einfach auslassen und dennoch in „gutem Glauben“ gehandelt haben kann, ist eine neue Preisaufgabe. Der „Vorwärts“ erklärte den merkwürdigen Vorgang damit, daß die Leitung der Bauarbeiter aus wenig schriftgewandten Leuten“ besteht. Die willkürlichen Zusätze und das Auslassen wichtiger Bestimmungen wird aber damit absolut nicht aufgeklärt. Für zielbewußte Missethäter hat der „Vorwärts“ immer einen Liebesmantel zum Verdecken der Blüten bei der Hand. Würde es sich im Breslauer Fall um Gewerkschaftler handeln, dann würden die Arbeiter vergeblich nach einem Wort der Entschuldigung im „Vorwärts“ suchen können. Dann würde der „Vorwärts“

keinen Augenblick zögern, den gemeinen Betrug durch das Selbstzeugnis für erwiesen zu erachten.“

Wir hatten bekanntlich den Vorgang nicht damit „erklärt“, daß die Leitung der Bauarbeiter aus wenig schriftgewandten Leuten besteht“, sondern dies nur vorausgeschickt und dann eine Aufklärung dahin gegeben, daß diese wenig schriftgewandten Leute die mündlich vereinbarten Löhne und Arbeitszeiten in den von ihnen zu Hilfe genommenen Maurertarif hineinschrieben haben. Sie haben aus Ungeschicklichkeit unterlassen, die für sie nicht passenden Bestimmungen des Maurertarifs zu streichen, also gerade umgekehrt wie der „Gewerkverein“ behauptet, weder Zusätze gemacht, noch etwas ausgelassen. — Durch das, was der „Gewerkverein“ citiert, wird allerdings die Frage nicht aufgeklärt; hätte er die Aufklärung des „Vorwärts“ wirklich wiedergegeben, dann würde auch der dickste Gewerkschaftler-Schädel die Sache begreifen. —

Da die Redaktion des „Gewerkvereins“ nicht aus wenig schriftgewandten Leuten besteht, so charakterisiert sich ihre Auslassung von wichtigen Momenten unserer Erklärung allerdings nicht als eine Handlung, die besonders vornehm oder auch nur entschuldigbar ist.

Berlin und Umgegend.

Auf dem Wege zur einheitlichen Organisation.

Die letzte Versammlung der Filiale Berlin des Deutschen Bäckerbundes ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Rils Jensen. Zur Frage der Agitation führte Gaser folgendes aus: Obgleich unsere Filiale in einem Zeitraum von noch nicht zwei Jahren von 16 auf circa 200 Mitglieder angewachsen ist, ist es doch unumgänglich nötig, kräftig in die Agitation für unsere Filiale einzutreten. Dies könne durch die Presse und vor allem durch Werkstatttagungen geschehen. Wenn wir aber in die Agitation eintreten, so wird es nicht ausbleiben, daß dann bei der gemischten Besetzung der Werkstellen innerhalb der Sitzungen der alte Streit zwischen lokaler und zentraler Richtung wieder auflebt, da naturgemäß jede Richtung für sich das Feld behaupten will, und so würde dann keiner Organisation gedient sein. Schon der bloße Streit würde die indifferenten Kollegen und Kolleginnen stutzig machen und sie würden sich fragen: Ja, wenn sich hier schon zwei Richtungen streiten, welcher schließe ich mich denn an? Das Resultat würde sein, daß nur wenige oder auch gar keine von ihnen sich der Organisation anschließen würden. Des weiteren ist es ein schlechtes Ding dem Unternehmer gegenüber, wenn dieses Recht, wie sich die Organisationen in den Häuten liegen. Die Unternehmer würden unter dem Schutze dieses Streites alle erlängten Vorteile über den Haufen werfen, und wir könnten mit doppelter Mühe wieder von vorn anfangen. Um dieses alles zu vermeiden und eine wirklich starke Organisation zu schaffen, schlägt Gaser folgenden Antrag vor:

„Die heutige Mitgliederversammlung der Filiale Berlin beauftragt hiermit die Ortsverwaltung, mit dem Vorstand des Berliner Lokalverbandes Einigungsverhandlungen anzuknüpfen.“

Gaser meint, es wäre unverantwortlich, wenn man ohne weiteres in eine allgemeine Werkstatttagung eintreten würde, ohne den Versuch zu einer Verschmelzung beider Organisationen gemacht zu haben.

In der sehr regen Diskussion sprachen sich alle Redner für eine Einigung aus.

Der Antrag Gaser wurde hierauf angenommen.

Unter Verschiedenem teilte Dittmann mit, daß der Vorstand anstatt der bisher üblichen Monatskassenscheine a 10 Pf. hat drucken lassen, welche als Lokalfonds gelten sollen. Die Versammlung ist mit dieser Handlung der Ortsverwaltung einverstanden.

Eine Organisation der tariftreuen Bäckermeister.

Das blinde Blitzen der Innungsleiter gegen die berechtigten Forderungen der Bäcker-Arbeiter sowie die Hege gegen die Meister, welche an den Bewilligungen festhalten, hat dahin geführt, daß den Innungen aus den eigenen Reihen ihrer Mitglieder Gegner entstanden sind, die das kurzfristige, verständnislose Treiben der Scharfmacher nicht mitmachen wollen und sich deshalb eine besondere Organisation geschaffen haben. Den unmittelbaren Anstoß zur Gründung dieser Organisation gab der Terzotismus, den die Innungen gegen die tariftreuen Bäckermeister ausübten. Einige Bäckermeister-Bezirksvereine hatten in ihren Versammlungen einen Antrag angenommen, den sie den Innungen unterbreiteten. Der Antrag verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß jeder Meister, der dem Trude der Scharfmacher nicht folgt und den bewilligten Tarif nach wie vor anerkennt, aus den Innungen ausgeschlossen werden soll. Dieser Antrag ist in den Innungsversammlungen diskutiert und auch angenommen worden. Daß ein derartiger Beschluß gar nicht ausgeführt werden darf, das hinderte die Innungsmeister nicht, ihn zu fassen.

Gestern fand im „Andreas-Festsaal“ eine Versammlung der tariftreuen Bäckermeister statt. Peterjohn, der zweite Obermeister der Reinickendorfer Innung, sowie Bäckermeister Fischer führten einleitend aus: Die Berliner Innungen hätten durch ihr Verhalten zu den Forderungen der Gesellen geeigert, daß sie kein Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung haben und sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht anpassen können. Man könne es den Gesellen nicht verdenken, daß sie ihre Lage verbessern wollen. Damit müsse jeder einsichtige Meister rechnen. Wenn die Innungsvorstände auch nur das notwendige Maß von Einsicht besäßen, dann hätten sie das durchführen müssen, was sie schon vor einigen Jahren vor dem Einigungsamt versprochen haben. Der verständnislose Kampf gegen die Forderungen der Gesellen habe auch die Interessen der Meister geschädigt. Andre Redner führten aus, daß die Halbstarrigkeit der Innungsvorstände einen großen Teil der Bäckermeister in eine ähliche Lage gebracht habe. Gegen die Innungen als solche solle nichts eingesetzt werden, sie müßten bestehen bleiben, aber die jegliche Leitung der Innungen müsse beseitigt und durch einsichtige Leute ersetzt werden.

Die Versammlung beschloß die Gründung einer freien Vereinigung der Bäckermeister Berlins und nahm die folgende von Fischer empfohlene Resolution an:

„Nachdem die beiden Berliner Innungen sowie einige Vorort-Innungen nicht verstanden haben, den Frieden im Gewerbe zu fördern, protestiert die Versammlung der Bäckermeister, welche den vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Tarif anerkannt haben, ganz entschieden gegen das Vorgehen der Innungsvorstände, welche den Antrag, die Innungsmitglieder, welche den Tarif unterschrieben haben, auszuschließen, zur Abstimmung brachten. Wenn die Versammlung auch keine Angst vor dem Ausschluß haben, weil derselbe ungeschicklich ist, so wenden sie sich doch dagegen, daß man durch den Antrag die tariftreuen Meister als Mitglieder zweiter Klasse bezeichnen will. Die Versammlung be dauert, daß die Obermeister nicht so viel Geselkenntnis haben, um zu wissen, daß sie den Antrag hätten zurückweisen müssen. Die Versammlung beauftragt die Schlichtungskommission, wegen der Annahme des Antrages bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden. Die Versammlung verpflichtet sich, der freien Vereinigung der Bäckermeister beizutreten.“

Der Arbeitsvermittler des auf Grund des Tarifvertrages eingerichteten Arbeitsnachweises berichtete, daß bis jetzt 670 Arbeitssuchende eingetragen, 88 Hilfs- und 144 feste Stellen vermittelt worden sind.

Die Rablpuher (Gruppe der Gips- und Zementbranche des Maurerverbandes) nahmen ihrerseits am Mittwoch Stellung zu dem am 1. Oktober ablaufenden, bereits gekündigten Lohnvertrag.

nachdem sich die Zementierer schon am Sonntag mit der Angelegenheit befaßt hatten. Nach längerer lebhafter Aussprache kam die Versammlung zu dem Entschluß, entgegen den Vorstößen des Sektionsvorstandes, der von der Stellung einer Lohnforderung abgeraten hatte, dennoch eine Erhöhung des Stundenlohnes von 82½ auf 85 Pf. zu fordern. Falls auf dieser Grundlage ein Vertrag mit den Unternehmern nicht zu Stande kommen sollte, so wolle es die Rablpuher vorgehen, bis auf weiteres lieber ohne Tarifvertrag zu arbeiten. Von der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit wurde dagegen Abstand genommen. Die Lohnverhöhung wurde um so berechtigter angesehen, als dieser Gruppe bereits vor drei Jahren 85 Pf. Stundenlohn gezahlt worden ist. Mit der meisten übrigen Punkte der Resolution des Sektionsvorstandes, die längst im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Die Differenzen in der Gummi-Abteilung des Kabelwerks Oberspreewald (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) sind beigelegt. Beschlaggenamt ist eine Kommission der Arbeiter bei der Direktion vorstellig geworden. Die Direktion bewies sich auch in diesem Falle entgegenkommend und machte den Arbeitern einbindende zufriedenstellende Zusicherungen betreffs ihres Accordverdienstes.

Die Ziegelei-Arbeiter in Reichenbach i. Vogtl. befinden sich im Streik. Die Firma Reichenbach, Berlin N., Große Hamburgerstr. 16, sucht Fleisarbeiter für die Firma Reichenbach anzuwerben, um sie dort als Streikbrecher zu verwenden. Wir warnen hiermit die Arbeiterschaft davor, sich als Streikbrecher für Reichenbach anzuwerben zu lassen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Die Vakuum-Reiniger-Gesellschaft schreibt uns:

Unter höflicher Bezugnahme auf die Notiz zum Streik der Arbeiter in den Vakuum-Werken in Nr. 168 Ihrer geschätzten Zeitung erlauben wir uns nachstehend die Adresse unserer Firma zu berichten: Vakuum-Reiniger-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, Rauerstr. 43, II.

Ihr Bericht enthält ferner noch Unrichtigkeiten, die wir in der nächsten Nummer Ihres werten Blattes zu berichtigen bitten.

Jeder Arbeiter erhält als Anfangslohn pro Tag 3 M., Handwerker und verheiratete Arbeiter pro Tag 3,50 M.

Ein junger unmaßgebiger Hausdiener wurde pro Tag mit 2,50 M. eingestellt, erhielt jedoch bereits nach noch nicht drei Wochen pro Tag 8 M.

Die meisten unserer Arbeiter (unser Betrieb wurde erst Ende vorigen Jahres eröffnet) verdienen 4, 4,50 und 5 M. pro Tag.

Der Hauptforderung unserer Arbeiter, vier Leuten den Lohn von 3,50 M. auf 4 M. zu erhöhen, wurde ohne weiteres stattgegeben; die Arbeiter verhornten aber trotzdem auf ihren Ausstand.

Die beiden weiteren Forderungen, Anfangslohn 3,50 M. pro Tag und Zulage nach sechsmonatlicher Beschäftigungsdauer, können erst in 14 Tagen nach Rückkehr des Geschäftsführers Erledigung finden, der augenblicklich auf Urlaub begriffen und schwer erkrankt ist.

Schachtungsbevollmächtigter
Vakuum-Reiniger-Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
J. B.: Thomas Kurthhiser.

Wir müssen erklären, daß die Forderung eines Anfangslohnes von 3,50 M. pro Tag oder von 21 M. pro Woche als eine für Berliner Verhältnisse recht bescheidene zu betrachten ist. Die Gesellschaft, die ja mit einem neuen Patent arbeitet, könnte eine solche Forderung wohl bewilligen. Daß an eine Erledigung der Angelegenheit erst in 14 Tagen gedacht werden kann, ist ein Mangel in der Organisation, der der Gesellschaft selbst den größten Schaden bringen wird und deswegen für die Zukunft von ihr beseitigt werden sollte.

Deutsches Reich.

Die Bremer Tischler haben am Sonntagmorgen den allgemeinen Ausstand beschlossen und am Montagmorgen ist dieser Beschluß in allen Werkstätten zur Durchführung gelangt. Die Eröffnung des allgemeinen Kampfes wurde zur Notwendigkeit, da das Unternehmertum bereits mehr als die Hälfte der Berufskollegen auf Pfahle geworfen hatte. Insgesamt sind jetzt 1400 Tischler ausständig. Von diesen sind 460 bereits abgereist.

Sämtlichen 178 Unternehmern, bei welchen die Ausständigen in Arbeit standen, sind am Mittwochabend die Forderungen, die sich im wesentlichen auf einen Minimalstundenlohn von 47 Pf. erstrecken, überhandt worden. Einige kleine Unternehmer haben die Forderungen bereits anerkannt, jedoch tritt dieses Moment für die Gesamtbewegung als unbedeutend in die Erscheinung. Von Arbeitswilligen ist nicht die Rede.

Lange hat es gedauert, bis sich die Tischler zu dem entscheidenden Schritt veranlaßt gesehen haben. Seit dem 25. Februar d. J. wahren bereits die Verhandlungen, aber die Antwort der Unternehmer ist stets die schroffe Ablehnung aller Forderungen gewesen. Als dann vor einigen Wochen die Unternehmer mit ihrer brutalen Vorgehensweise hervortraten, da mühten von Seiten der Arbeiter Gegenmaßnahmen getroffen werden und so hat sich in ganz kurzer Zeit diese eminente Bewegung ausgewachsen. Großer Kampfesmut herrscht auf der ganzen Linie und die Arbeiter wissen sehr wohl, daß sie vor einem halben Jahre nicht in die Werkstätten zurückkehren werden.

Ausland.

Der Stand des Streiks in Borsbaw ist unverändert. Auf allen Schächten arbeiten bloß 84 Personen, davon sind nicht mehr als 20 Arbeiter, die übrigen sind Aufseher und Beamte. Die Behörden gehen jetzt mit größerer Energie gegen die Streikenden vor, so daß die Unternehmer sehr zufrieden sein können. Die vorige Woche Genosse Bittel, so wurde jetzt Genosse Schiffler, der wegen einer Demonstration zu einer Arreststrafe verurteilt worden war, plötzlich aufgefodert, seine Strafe anzutreten. — Statthaltereirat Witvock, der früher den Streikenden bei Bewilligung von Versammlungen ziemlich entgegenkommen bewiesen hat, hat jetzt plötzlich sein Verhalten geändert. Die Unternehmer haben bekanntlich vom Statthalter seine Abberufung verlangt, da er angeblich nicht unparteiisch sei. Das hat gewirkt: Herr Witvock ist zu Kreuz getrieben und hat heute einer Deputation des Streikkomitees erklärt, daß er die früher gegebene Erlaubnis zur Abhaltung von Versammlungen jetzt zurückzieht. Als Grund giebt er an, daß durch die Versammlungen die Streikenden allzu sehr aufgeregt werden. Diese Begründung fährt er gegen sein besseres Wissen an, denn es ist ihm sehr wohl bekannt, daß bei den Versammlungen die Streikenden immer zur Ruhe gemahnt wurden und daß die Versammlungen allein die Bürgerhaft für die weitere Aufrechterhaltung der Ruhe bieten. Das Streikkomitee hat an den Ministerpräsidenten v. Koller ein Telegramm gerichtet, worin es über das Vorgehen der Behörden und namentlich gegen das Verbot der Versammlungen protestiert.

Kapitalistische Reuehämmerer.

Paris, 20. Juli. (Fig. Ver.) Es giebt in Frankreich keine amerikanischen Pinkertons, die im Solde der kapitalistischen streikenden Arbeiter morben. Diese Art Unternehmerschutz wurde hier bisher hin und wieder von Gendarmen und Soldaten verübt. Jetzt sind es Unternehmer, die ihre eigenen Pinkertons und ihre eigenen Gendarmen sind.

Hast gleichzeitig wurde in Besancon und in Cluses von Unternehmern auf streikende Arbeiter geschossen. Im Besancon-Borori-Gasamene hat der Unternehmersohn Gatin auf das Pfeifen von Streikenden mit Jagdgewehr schossen und dabei den Arbeiter

Pierre Schelta lebensgefährlich verwundet. In Cluses, einem kleinen Uhrmacherort Oberjura, haben die zwei Söhne des Uhrenfabrikanten Cretiez unter den Arbeitern eine Schlächterei eingerichtet. Drei oder vier Arbeiter sind auf der Stelle ermordet, drei Arbeiter und drei Arbeiterinnen schwer und etwa 30 leicht verwundet worden. . . .

Der Streik von Cluses dauert seit zwei Monaten, seit den Gemeindevahlen. Die Arbeiter kämpften um ihre politischen Rechte. Sie forderten die Wiedereinstellung von sieben Kollegen, die wegen der Wahlagitation zu gunsten der proletarischen Kandidatenliste entlassen worden waren. Am 12. Juli dehnte sich der Solidaritätsstreik auf die anderen Uhrenfabriken des Ortes aus. Die Verallgemeinerung der Bewegung sollte, wie man hoffte, den Widerstand der Firma Cretiez brechen. Die demokratische Regierung bedachte sich ihrerseits bei den weiteren Kämpfen für das demokratische Recht in der üblichen Form: sie verstärkte das militärische Aufgebot an dem Tage, da der Streik sich auszudehnen begann. Das gegen die Arbeiter ausgebotene Militär konnte natürlich nicht die mordende Unternehmerrhand ablenken.

Am 18. Juli veranstalteten die Streikenden einen vom Maire genehmigten Strohenzug, wie er in Frankreich bei Streiks sich immer mehr und mehr einbürgert. Die Kundgebung verlief durchaus friedlich. Im Augenblick, wo der Umzug vor der Fabrik Cretiez passierte, zählte man übrigens bloß an die hundert Teilnehmer. Da plötzlich krachten aus den Fenstern der Fabrik mehrere Gewehrschüsse in den dichten Haufen der friedlichen Umzügler. Die Fabrikantensöhne schossen auf das wehrlose Arbeiterwild aus Jagdgewehren, die mit groben Schrot geladen waren.

Die Darstellungen der reaktionären Presse, wonach die Schießenden sich in der Rotwehre befunden hätten, sind als falsch nachgewiesen. Erst nach der Schlächtereier haben die Arbeiter — nach den ersten Momenten fassungsloser Bestürzung — ihrer gerechten Empörung Lauf gegeben: sie beantworteten die menschenmörderischen Schüsse aus dem Hinterhalt mit einem Ansturm auf die Fabrik, die sie dann auch in Brand legten. Die „Konföderation der Arbeit“ sagt hierzu in ihrem Manifest: „Angesichts dieser von langer Hand vorbereiteten Arbeitermorde wird niemand es wagen, den so begreiflichen Jormansbruch zu mißbilligen.“

Die beiden Mörder wurden sofort verhaftet, wie es heißt provisorisch und nach dem Gehörnis von Bonneville abgeführt. Ministerpräsident Combes hat den Familien der ermordeten und verwundeten Arbeiter eine erste Geldunterstützung geschickt und im übrigen neue Truppen aufgebieten. Es wäre ihm zu wünschen weniger nachträgliche Philantropie, die die Toten nicht wiederzuerwecken vermag, und mehr vorbeugende Einsicht in die Bedeutung der Truppensendung nach Streikorten, die die Arbeiter stets in ihrer Kampfstellung beeinträchtigt und allzu häufig direkt oder indirekt, in ihrem Leib und Leben gefährdet.

Der Bäckerstreik in Rom beendet.

Rom, 19. Juli. (Fig. Ber.) Trotz der Parteilichkeit der Regierung haben die römischen Bäcker heute nach achtstägiger Dauer ihren Streik zu gutem Ende geführt. Das Nachgeben von einem Duzend der Unternehmer hat den Widerstand der Bäckerbelegschaft gebrochen, so daß sie sich zu bedeutenden Zugeständnissen bereit erklärten. Sie verpflichten sich zur Einhaltung der Tarife von 1897 und zu verschiedenen Lohnzuschlägen und Pausen, ohne auf diesem Gebiete alle Forderungen der Arbeiter anzunehmen. Statt des geforderten wöchentlichen Ruhetages gewähren sie zwei Ruhetage hintereinander aller 14 Tage. Schließlich verpflichten sich die Unternehmer, als einzige Arbeitsvermittlung einen selbständigen Arbeitsnachweis anzugehen, dessen Leitung in Händen des Exekutivkomitees der Bäcker-Gewerkschaft liegt; jeder Unternehmer zahlt dem Arbeitsnachweis 1,50 Lire monatlich. Das Konkordat zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde vor dem Bürgermeister von Rom, Fürsten Colonna, unterzeichnet. Die Unterzeichneten beider Teile verpflichten sich, die Befregung nicht als einen Sieg zu feiern. Den Unternehmern dürfte die Einhaltung dieser Klausel recht leicht fallen.

Amerikanische Streiks.

Fall River (Massachusetts), 21. Juli. Infolge der Ankündigung einer Lohnherabsetzung vom 25. Juli an haben die Baumwollfabrik-Arbeiter beschlossen, an diesem Tage in den Ausstand zu treten, wenn die Lohnherabsetzung nicht unterbleibt.
Chicago, 20. Juli. Der Ausstand der Packhaus-Angestellten ist beigelegt worden. Die Streikfrage wird einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Die Unternehmer willigten ein, die Ausständigen wieder anzustellen. Es verlautet, daß am Donnerstag an allen großen Plätzen der Schlachtindustrie die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Lokales.

Dienstmädchen - Tod.

Ein Dienstmädchen hat Selbstmord verübt! Wenn eine Nachricht dieser Art in den Zeitungen steht, dann regen sich viele Leser kaum noch darüber auf. Selbstmorde von Dienstmädchen kommen öfter vor, das ist ja nichts Neues. Ueber den Grund eines Dienstmädchen-Selbstmordes macht man sich in der Regel gleichfalls nicht viel Kopfzerbrechen. Wenn es nicht unglückliche Liebe war, dann wird es wohl schlechte Behandlung durch die Herrschaft gewesen sein. Auch so etwas kommt bekanntlich öfter und sogar recht oft vor.

Auch der Sprung aus dem Fenster, den, wie wir am Donnerstag berichteten, das Dienstmädchen des in der Martin Lutherstraße (Schöneberg) wohnenden Kreisphysikus Pape getan hat, ist anfänglich als Selbstmordversuch gedeutet worden, der sich aus Klagen des Mädchens über schlechte Behandlung erkläre. Jetzt stellt sich heraus, daß die Anna Großkopf nicht die Absicht hatte, sich das Leben zu nehmen, sondern nur einen ihr durch Verzweiflung eingegebenen Fluchtversuch machen wollte. Sie sprang aus der im ersten Stock gelegenen Wohnung ihrer Herrschaft auf den Hof hinauf, weil man sie nicht ohne Kündigung ziehen lassen wollte und die Wohnungstür vor ihr verschlossen hielt, um ihr eine vorzeitige Flucht unmöglich zu machen. Warum aber hatte Anna ihre Dienststelle sofort aufgeben wollen? Weil sie die Empfindung hatte, daß es bei der gnädigen Frau nicht mehr auszuhalten sei.

Frau Kreisphysikus wird sich sehr entschieden dagegen verwahren, daß sie das Mädchen schlecht behandelt habe. „Schlecht“ im üblichen Sinne mag die Behandlung auch nicht einmal gewesen sein. Fräulein Großkopf ist nicht geschlagen worden, und auch das Essen hat wenigstens zum Sattwerden gelangt. Und dennoch schrieb sie schon 14 Tage nach ihrem Dienstantritt an ihren Bruder, die **Behandlung sei nicht zu ertragen**, er möge sie wegholen oder sie gehe davon. Frau Kreisphysikus gehört nämlich zu denjenigen Gnädigen, denen es ein Mädchen schwer recht machen kann. Es giebt bekanntlich hochherrschaftliche Hausfrauen, die nicht müde werden, ihre Dienstmoten zu tadeln; die vielleicht selber keinen Handschlag thun, um mitzuarbeiten, aber immer hinter dem arbeitenden Dienstmädchen stehen und es zu noch eifriger Arbeit anspornen; die nach jedem liegengebliebenen Stübchen lorgnettieren und es höhnisch mit der Spitze ihres wohlgepflegten Fingers aufstippen. In einem solchen Haushalt kann einem Mädchen rasch das Leben zur Hölle werden, auch wenn sonst die Behandlung „nicht schlecht“ sein sollte. Nicht buchstäblich 10, aber ähnlich soll es bei Kreisphysikus Papes gewesen sein.

Sillenlos selbst den unverständigsten Befehlen gehorchen und selbst unbedienten Tadel schweigend hinnehmen, das ist das Los des Diensthofen. In jedem andern Arbeiter, jeder andern Arbeiterin darf das Selbstbewußtsein, das Ehrgefühl, der Stolz auf eigenes Können und eignen Fleiß gegebenenfalls sich geltend machen — nur im Diensthofen nicht. Ein Dienstmädchen darf sich nicht einfallen lassen, eine Persönlichkeit sein zu wollen. Es muß hilflos sein, wie ein totes Werkzeug, muß aber — wie dieses — jederzeit bereit stehen, um jederzeit gebraucht und jederzeit wieder beiseite geworfen werden zu können. Die Gnädigen ahnen gar nicht, wie viel Selbstüberwindung und wie viel Charakterstärke — oder auch, je nachdem, wie viel Gleichgültigkeit und Stumpfheit dazu gehört, Dienstmädchen einer nichtstehenden und nichtstühenden Dame zu sein. Nicht jedes Mädchen besitzt die dazu erforderlichen Eigenschaften, nicht jedes hält das auf die Dauer aus. Wesentlich hieraus erklärt es sich, daß so viele Mädchen nicht Diensthofen bleiben wollen, obwohl die Herrschaften sich um sie reihen, und daß sie die pekuniär unsichere, aber doch menschenwürdige Lage einer Fabrikarbeiterin dem Lose eines Dienstmädchens vorziehen. Die Gnädigen begreifen das nicht, und wenn gar ein Mädchen einen Ausweg wählt, den Verzweiflung ihr eingeibt, dann betauern sie entsetzt, daß sie sie „nicht schlecht behandelt“ haben. In solchen Fällen sieht man immer wieder, wie wenig die Herrschaften ihre Diensthofen verstehen, wie gering ihr Empfinden dafür ist, daß auch ein Dienstmädchen noch etwas mehr verlangt als satt zu werden und keine Prügel zu bekommen.

Das Dienstmädchen der Frau Kreisphysikus war kein junges, dummes Ding mehr, das fortwährendes Tadeln nötig machte. Sie war erst in diesem Jahre aus ihrer Heimat Thüringen nach Berlin gekommen, aber sie steht im 28. Lebensjahre und hat schon eine ganze Reihe von Jahren gedient, zuletzt drei Jahre beim Amtsrat Käger zu Schulporta und dann noch fünf Jahre beim Geheimrat Müff, Direktor der Anstalt Schulporta. Ihre Zeugnisse sind sämtlich musterhaft; wir haben sie gesehen. Als sie im Juni nach Berlin kam, um hier zunächst eine einmonatige Ausbilstellung zu übernehmen, wurde ihr auf dem Polizeibureau gesagt: „Sie haben ja brillante Zeugnisse. Aber lassen Sie sich hier nur nicht verderben; das thun sie in Berlin gern.“ Im Juli trat sie bei Papes an, und nun sollte sie mit einem Male nicht mehr lässig sein! Wir sind gespannt darauf, welches Zeugnis sie als Kundin an den Papeschen Dienst heiraten wird.

Die Beschädigungen, die Fräulein Großkopf erlitten hat, sind glücklicherweise geringer, als es anfangs schien. Sie ist in die Gartenanlagen des Hofes hinabgesprungen und dabei auf einen Pfiesentweg gefallen. Ihr Bruder hatte sie nicht der Behandlung des Herrn Kreisphysikus überlassen wollen, sondern einen eignen Arzt geholt, der dann bescheinigte, daß wegen Kontusion des Hüftgelenkes Aufnahme in ein Krankenhaus nötig sei. Der Herr Kreisphysikus und Frau Gemahlin waren anderer Meinung und sprachen dem Mädchen gegenüber die Vermutung aus, daß es sehr bald wieder für sie werde arbeiten können. Der Bruder hat aber diese Hoffnung vereitelt; er hat Anna am Mittwochabend aus der Papeschen Wohnung abgeholt. Sie liegt jetzt in der Wohnung des Bruders. Nachdem sie das Dienstmädchenlos so bitter kennen gelernt hat, will sie, wie sie uns sagte, nicht mehr in Diensthofen, sondern „etwas lernen“, also wohl Fabrikarbeiterin werden.

Die Folgen der Dürre machen sich immer unangenehmer fühlbar. Der Wasserstand der Spree befindet sich noch immer, wenn auch langsam, so doch ständig im Fallen, und von den Stadtbahnbögen an der Jannowitz-Brücke ragen bereits die Grundpfeiler aus den Fluten empor. Die Spree ist gegenwärtig so flach, wie sie schon seit Jahrzehnten nicht gewesen ist, und die Strombewegung infolgedessen außerordentlich langsam. Der geringe Wasserzufluß ist am deutlichsten zu erkennen an der Stadtschleuse, woselbst nur zwei Flügel des Wehres teilweise geöffnet sind, um das für den Schleusenverkehr nicht erforderliche Wasser abzulassen. Ein weiterer Rückgang der Spreehöhe würde auch die Einstellung des Schiffsverkehrs auf der mittleren Spree bei Erkner zur Folge haben, wo schon jetzt belastete Dampfer häufig aufstehen. In den Fliesen, welche die Wasser Verbindung von der Spree und Havel mit den Binnenseen in der Umgebung Berlins herstellen, ist das Wasser entweder zum Stehen gekommen oder teilweise auch völlig verdunstet, so daß verschiedentlich die Wasserläufe vollständig trocken liegen. Dementsprechend ist auch in den Seen ein erhebliches Fallen des Wasserpiegels festgestellt und die Fluten sind teilweise meterweit von den Ufern zurückgetreten.

Sehr schwer geschädigt sind durch die anhaltende Trockenheit auch die märkischen Bauern. Ist schon die Getreide-Ernte wenig günstig ausgefallen, so scheint auch die Kartoffel-Ernte so gut wie verloren zu sein. Vielfach werden die Ackerbesitzer nicht mehr als die Aussicht ernten. Auf einem Felde bei Tegel waren bei zwanzig getragenen gut stehenden Stauden insgesamt dreihundzwanzig Knollen. Wie es scheint, ist der Kartoffelansatz infolge des Mangels an Feuchtigkeit allenthalben zurückgeblieben. Ein Viehfuttermangel ist für die Umgebung Berlins zwar zunächst nicht zu befürchten, da die Riefelder reichlich Gras abgeben, dagegen wird die Heu-Ernte schlecht und schwach. Das Gras auf den Wiesen ist fast völlig verbrannt und lohnt kaum den Schnitt, Grünfutter ist fast überhaupt nicht zu haben.

Wann wird Berlin Zweimillionenstadt? Die Bevölkerungszahl Berlins hat nach den vorläufigen Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes am Schluss der bis zum 2. Juli reichenden Woche sich auf 1 967 707 gestellt. Seit Anfang dieses Jahres wäre sie hiernach um noch nicht 12 000 gewachsen, und an der zweiten Million fehlen noch über 32 000. Zu der Frage, wann Berlin Zweimillionenstadt wird, war auf Grund der Zuwachsverhältnisse des letzten Jahres zunächst die Vermutung ausgesprochen worden, dieser Zeitpunkt könne ungefähr der Schluss des Jahres 1904 sein. Später tauchte die Nachricht auf, die zweite Million werde wahrscheinlich schon im Oktober voll werden, und schließlich wurde dieses Ereignis sogar schon für den August angekündigt. Die Hoffnung auf den August ist inzwischen bereits zu nichte geworden. Aber auch die Aussichten des Oktober sind heute nicht mehr besonders günstig, und wer Lust zu prophetieren hat, der wird sich vielleicht doch für einen späteren Zeitpunkt entscheiden wollen. Andre Berechnungen lassen allerdings Berlin schon jetzt als Zweimillionenstadt gelten. Die Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes fügen ihren Wochen- und Monatsstabellen über die Sterblichkeitsverhältnisse der größeren Orte die Einwohnerzahlen vom 1. Juli des betreffenden Jahres hinzu. Diese werden für die einzelnen Jahre durch ein Schätzungsverfahren gefunden, bei dem die Zunahme zwischen je zwei Volkszählungen als eine in dem ganzen Jahresverlauf gleichmäßige angenommen wird. Für Berlin hat dieses Verfahren für den 1. Juli 1904 bereits 2 040 455 Einwohner ergeben, so daß die zweite Million längst voll sein müßte. Die Bevölkerungszahl 2 040 455 steht Woche für Woche und Monat für Monat in den Veröffentlichungen des Gesundheitsamtes und wird zur Berechnung der diesjährigen Sterblichkeitsziffern benutzt. Sie ist gegenüber dem Ergebnis der vom Berliner Statistischen Amt ausgeführten Bevölkerungsforschreibung um rund 70 000 zu hoch.

Die Unzuverlässigkeit der Tagometer-Droschken zeigt ein Vorfalle, welcher beim Polizeipräsidium zur Anzeige gekommen ist. Zwei Familien benutzten zwei Droschken zu einer Fahrt vom Alexanderplatz nach den Terrassen in Halensee und verteilten sich derartig, daß in jedem Wagen drei Personen saßen. Obwohl nun beide Droschken gleichmäßig eingeschaltet und hintereinander fahrend, genau denselben Weg zurücklegten, war doch zwischen beiden Fahrpreisanzeigern eine Differenz von sieben Pfennigen. Während die eine Anzeige-Uhr auf 3,20 M. stand, wies die Kontrolle der zweiten Droschke 3,00 M. auf.

Die Fahrkarten-Automaten-Misere veranlaßt, so schreibt und ein Leser, auch mich zu einer Fahrt in die Öffentlichkeit. Zweimal habe ich jüngst den Automaten meine Nidel vergeblich geopfert, weil diese eisernen Beamten dermaßen an Hartlebigkeit litten, daß sie durch kein Mittel — auch nicht durch eine derbe Massage — zu bewegen waren, die verschluckten 10 Pf.-Stücke in Gestalt von Fahrkarten von sich zu geben, es war auf dem Alexanderplatz und in Treptow. Beide Male wurde mit auf meine Beschwerde am Schalter der Bescheid zu teil, daß die Bahn damit nichts zu thun habe. Das ist im m a b e r n i c h t ! Die Automaten erparen nämlich dem Eisenbahnfiskus eine Anzahl von Arbeitskräften und als Gegenleistung ist den Unternehmern das Recht eingeräumt, Schokolade, Dessertungen, Bonbons, Ansichtskarten und dergl. auf dem Bahnterrain automatisch zu verkaufen. Demnach kann die Bahnverwaltung die Verantwortlichkeit für die Betriebs-einrichtung nicht ohne weiteres von sich abwälzen. Wie steht es aber, wenn jemand zufällig oder wegen eines chronischen Taschenreifes seinen letzten Nidel dem Automaten, im Vertrauen auf eine öffentliche Verkehrseinrichtung, anvertraut hat und dafür keine Fahrkarte (oder Veronofarie) erhält — weil der eiserne Beamte verstopft ist? Kredit giebt es nicht am Schalter und so ist der Geschädigte noch obendrein gezwungen, unter Umständen fünf Bahnstationen auf Schuftern Nappens zurückzulegen. In Treptow hätte ich leicht in eine solche Lage kommen können und es wäre mir dann — da meine Zeit genau berechnet war — alsdann noch ein besonderer Schaden im Erwerb entstanden. Alles das, weil eine öffentliche Verkehrseinrichtung von einer Privatkapitalgesellschaft abhängig ist! Seitdem habe ich mir vorgenommen, vor Benutzung eines Fahrkarten-Automaten stets meine Nidel zu zählen und, wenn es nur noch ein einziger ist, an die Worte des Zellmonologs zu denken:

„Enträn' er jeho kraftlos meinen Händen —
Ich habe keinen zweiten zu versenden.“

Ein anderer Leser erzählt uns ein gleiches Erlebnis und fährt dann fort: Da auf diese Art und Weise vielleicht schon Hunderte von Mark der Automaten-Gesellschaft unrettbar zugeworfen sind, so wäre es meines Erachtens Pflicht der Eisenbahn-Verwaltung und im Interesse ihres fahrenden Publikums, die Automaten-Gesellschaft zu veranlassen, auf verkehrreichen Bahnhöfen entweder selbst einen Beamten zu stellen oder aber mit der Eisenbahn-Verwaltung darin übereinzukommen, daß ein Beamter der letzteren beauftragt ist, den Automaten rechtzeitig außer Betrieb zu setzen. Es ist nicht allein den einzelnen Großden, den ein jeder dabei verliert, sondern man muß bedenken — ich selbst habe es schon öfter beobachtet —, daß auf verkehrreichen Bahnhöfen der Automat fast den ganzen Tag vom Publikum benutzt wird. Der Automat soll doch keine Sparkasse oder gar eine Betteleibschneise für die Gesellschaft sein, und deshalb wäre es rascher, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen; das sind Zustände, die beseitigt werden müssen.

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Das Haus Wollstraße 1, Ecke Wilhelmstraße, wird immer vollständig umgeben, wobei 40 bis 50 Arbeiter aller Berufs beschäftigt sind. Seit langem befindet sich der den Arbeitern im Keller zur Verfügung stehende Abort in einem geradezu furchtbaren Zustande. Alle Klagen und Beschwerden der dort beschäftigten Arbeiter, Abhilfe zu schaffen, blieben bisher erfolglos. Ganz abgesehen davon, daß für sämtliche Arbeiter nur ein Sitz vorhanden ist, wird die Desinfektion in dieser warmen Jahreszeit gänzlich unterlassen. Auch wird die Aussicht dieses elenden Raumes weder durch eine Thür, noch durch eine Schürwand versperrt, so daß jeder den Abort benutzende Arbeiter jedem Auge preisgegeben ist. Diesen jeder Beschreibenden Ort sind sogar die beiden dort beschäftigten Scheuerfrauen gezwungen, gemeinsam mit den Männern zu benutzen. Auf Interpellation der Scheuerfrauen und der direkt neben dem Abort beschäftigten Arbeiter erklärte der als christlich bekannte Herr Mantreppolier: „Ach, Ihr seid ja schon alt, nach Euch sieht niemand mehr hin“. Vielleicht nimmt auf Grund dieser Zeilen die in Betracht kommende Revierpolizei Veranlassung, den Gausausführenden anzuweisen, diesen Seuchenherd zu beseitigen.

Beim Befahren eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens ist heute morgen gegen 1/8 Uhr die 19-jährige Verkäuferin Martha Heiser, Grimmstr. 21, von Schaben gekommen. Das junge Mädchen wurde dort vom genannten Hause die Hinterplattform des in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens Nr. 1000 der Linie 3 zu besteigen, glitt vom Trittbrett ab und fiel so unglücklich, daß es einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels erlitt. Die Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Erhängt hat sich, weil ihre beiden Schlafmädchen gekündigt hatten, die 47-jährige Gürtlermeisterwitwe Anna Bersinger aus der Weberstr. 14. Sie hatte drei Monate lang die Wohnungsmiete nicht bezahlt und glaubte, daß sie in noch größerer Not geraten würde. Auf einem Zettel an die Hauswirtin schreibt sie: „Liebe Frau Zimmermann, die Not hat mich zu diesem Schritt getrieben, ich konnte nicht anders.“

Gemeinsam in den Tod gegangen ist ein Liebespaar, das am Donnerstagmorgen zwischen Schmöckwitz und Eichwalde an der Spree erschossen aufgefunden wurde. Es handelt sich um den 27 Jahre alten Kontrolleur der elektrischen Gesellschaft am Schiffbauerdamm Emil Koch, der in der Alten Jakobstr. 17 wohnte und um die 18-jährige Vuffeldame Alice Scholz, eine Tochter eines Bureaubeamten aus der Rosenhalestr. 67. Alice Scholz ist eine Schwägerin des Bruders von Emil Koch und unterstützte ihre Schwester im Geschäft. Hier machte sie seine Bekanntschaft. Ihre Eltern mißbilligten das Verhältnis, weil Emil Koch nicht geund war und deswegen das Elternhaus in Trebbin hatte verlassen müssen. Auch sollte gegen ihn von dort aus ein Verfahren wegen Verführung einer Minderjährigen anhängig gemacht werden. Deswegen brachten die Eltern Alice im Schöneberger Rathauskeller unter. Dieser Keller wurde am Montag wegen Ausbesserungsarbeiten geschlossen. Koch hatte inzwischen den Verkehr mit Alice Scholz fortgesetzt und wurde am Dienstagmorgen vom Vater scharf in das Gebet genommen und schließlich gestraft, als sie sich widerpenstig zeigte. Darauf verließ sie unter Wänahme ihres Verdienstes und von 27 M. aus der mütterlichen Kasse die Wohnung, um ihren Geliebten aufzusuchen. Beide kamen überein, unter den für sie unglücklichsten Verhältnissen gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Beide begaben sich nach Grünau, wo Alice früher in Stellung war, und haben sich dann an verschiedenen Stellen aufgehalten, bis Koch endlich seine Geliebte und dann sich durch Revolverhölle in den Kopf tötete. In einem Briefe an die Eltern hat Alice Scholz das beiderseitige Einverständnis mitgeteilt. Koch hat das Mädchen, als die Eltern es schon vor Monaten anderweit unterbrachten, um eine Trennung durchzuführen, wieder an sich gefesselt, indem er es durch allerlei Mittel aus den Stellungen herausbrachte.

Mit Lysol vergiftet. „Ich ziehe in die Ewigkeit.“ Mit diesen Worten kündigte die 33-jährige Witwe Martha Kosanitsch ihren bevorstehenden Selbstmord an. Frau K. hatte ein möbliertes Zimmer in der Magazinstr. 12 ohne irgendwelche Veranlassung gekündigt und wollte schon vorgestern ausziehen. Als sie zu ihrer letzten Mahlzeit in einem Brantkranggeschäft eintraf, gab sie als Erklärung für den Auszug die vorstehende Antwort. Als sie sich darauf einschloß, schloß die Hausbewohner Verdacht und ließen die Thür öffnen. Frau K. hatte Lysol genommen und lag auf dem Sofa. Als sie in einem Luchsen Wagen im Krankenhaus Friedrichshain eintraf, war der Tod eingetreten.

In der Eisenbahn verstorben ist gestern nachmittag um 4 Uhr ein Mann, der auf dem Bahnhof Gesundbrunnen in dem Abteil 163 aufgefunden wurde. Nach einer Arglertarte scheint es sich um einen Karl Kummer aus Dranenburg zu handeln.

Beim Spielen erkrankt die Tochter des Schiffseigners Höpner aus Seddin, der mit seinem Fahrzeuge am Lehrter Güterbahnhof liegt. Das Kind fiel über Bord ins Wasser und konnte erst nach einer Stunde als Leiche aufgefunden werden.

Unter dem Verdacht der Borden wurde am Mittwochabend das 14 Monate alte Kind Maximilian Reuburg, der Sohn eines Reisenden

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 22. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues königl. Opern-Theater.
Der Riesenbaron.
Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter-Tymians in diesem Genre einzig dastehenden schärfsten 15 Humoristen und Sängern.
Zum Schluss: Ein Polterabend-Feier bei Leutnants.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Jüdin.
Wehen. Liebeshandel.
Central. Die Komellen. Räuschen und Rätsel. Garne Rätes Rätsel. Hohen Pöfel. Ein kleiner Beamter.

Carl Weiß. Von Berlin O. bis zu den Herero.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Apollo. Venus auf Erden. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Großstadt-gauner.

Reichshallen. Gastspiel von Dolar Saughahals humoristisch. Herren-gesellschaft.
Passage-Theater. Terka Semmeloff. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die Weltausstellung in St. Louis.
Vor den Seen Oberitaliens.
Taubenstraße 57/62. Stern-warte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater). Morwitz-Oper.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Jüdin.
Sonnabendabend 8 Uhr
Populäre Vorstellung bei halben Preisen:
Udine.
Sonntagvormittag 3 Uhr
bei halben Preisen:
Die Fledermaus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel.
Fra Diavolo.
Der Sommergarten ist eröffnet.
Im Garten des Schiller-Theaters N.
Täglich großes Militär-Konzert.

Central-Theater
8 Uhr: Einakterabend aus dem
Kleinen Theater: 1. Die Komellen.
2. Räuschen und Rätsel. 3. Garne
Rätes Rätsel. 4. Hohen Pöfel.
5. Heißes letztes Ständchen. 6. Ein
kleiner Beamter.
Emil Richard, Igl. Hofkapellmeister, a. G.
Korsten und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.

Apollo-Theater.
7 1/2 Uhr: Gr. Gartenkonzert.
8-9 1/2 Uhr:
Das gr. Juli-Spezialitäten-Programm.
9 1/2 Uhr:

Venus auf Erden.
Operette von
Paul Lincke.
Wiederauftreten von Robert Steidl.
Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue
in 6 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Noch bis zum 31. Juli täglich:
Der Weg zum Herzen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagvormittag 3 Uhr: Der
Weg zum Herzen.
Im Garten täglich Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonnabend: Großes
Sommerfest.

Belle-Alliance-Theater.
Im Theater abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel von Emil Winter-Tymians
15 Humoristen und Sängern 15.
Im Sommergarten von 8 Uhr ab:
Carl Goldmann-Konzert. Von 8 Uhr
ab: Glanz. Spezialitäten-Programm.
23. Juli: Volkst. Sommernachtsfest.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: **Vineta.**
Pantomime: Ein ruhiges
Zimmer zu vermieten.
Satanello-Trio. Wardinis.
Clown Staffi. Ball. Konzert.
Spezialitäten. Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Num. 11. 50 Pf.

W. Hoacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Dramenstr. 15.
Zum letztenmal:
Verbotene Wege.
ab: Oetere Nachbarn u. dergleichen.
Lebtes Kuffreien von Don Toledo.
Anfang 6 Uhr. Aufführung u. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter auch im Saal.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel des berühmten
Oskar Junghänel
mit seiner
humorist. Herren-
Gesellschaft.
Geossartiges,
völlig origin.
Programm.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Victoria-Brauerei
Eützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
**Korsts Norddeutsche
Humoristen**
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gütigkeit.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
15 neue Nummern.
Arbeit bringt Segen.
Vollständ. mit Ges. in 2 Akt. v. Braune.
Extra-Tanz. Tanzlehrer R. Doppe.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsburger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
Im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue u. beste Programm Berlin's,
u. a. mit stürmischen Wechsel:
die besten Akrobaten
5 Wolsons, der Welt, prolongiert.
Der Weltfriede, Dreyer und Be-
eignung von Lohleinden zu einem
Zaboule. Tho 2 Banars, fent. Lust-
langred.-Mit. F. Brand, Romert-Stage,
Senor & Berard! Die seltsame Rannon.

Der Bäckerstreif.
Große aktuelle Pantomime. 12. u.
Kaffeehäuser. Volksbelustigungen.
Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 30 Pf.
Sonntags 30 Pf.

Derantio, Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf:
An den Seen Oberitaliens.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Der unverwundbare Fakir!!
Die zusammengewachsenen
Schwestern Rosa u. Josefa.

Passage-Panoptikum.

Das Bärenweib, lebend.
Der 16-jährige Riesenknabe
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Mnemos, Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwobende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.

Terka Semmeloff
russische Tänzerin.
Naniva, japanische Truppe.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Etablissement Guggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Natur-
garten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmann-Walde-Sänger.
Sonnabends
im Kaiseraal:
Tanz.

Sanssouci.

Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Soiree: **Tanz.**
Bis zum Ende des Vor-
zugsarten, auch die zu den Theater-
abenden ausgegebener, Gütigkeit.

Reichshallen-Theater.

Victoria-Brauerei
Eützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
**Korsts Norddeutsche
Humoristen**
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gütigkeit.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
15 neue Nummern.
Arbeit bringt Segen.
Vollständ. mit Ges. in 2 Akt. v. Braune.
Extra-Tanz. Tanzlehrer R. Doppe.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsburger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
Im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue u. beste Programm Berlin's,
u. a. mit stürmischen Wechsel:
die besten Akrobaten
5 Wolsons, der Welt, prolongiert.
Der Weltfriede, Dreyer und Be-
eignung von Lohleinden zu einem
Zaboule. Tho 2 Banars, fent. Lust-
langred.-Mit. F. Brand, Romert-Stage,
Senor & Berard! Die seltsame Rannon.

Der Bäckerstreif.

Große aktuelle Pantomime. 12. u.
Kaffeehäuser. Volksbelustigungen.
Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 30 Pf.
Sonntags 30 Pf.

Neue Freie Volksbühne.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.)
Sonntag, den 21. Juli 1904, nachmittags 3 Uhr:
Die Fledermaus. Operette von J. Strauss.
Billets für Mitglieder a 90 Pf., Gäste a 1,10 M. (Parkett-
Fautonil, I. Parkett und Logenplätze) sind an den Zahlstellen von
Hobbsen, Kommandantenstr. 62; **Kaufhold,** Wrangelstr. 52;
Pecker, Gotakowskystr. 9, sowie beim **Kassierer** zu haben.
150/13
I. A.: Heinrich Wolf, Kassierer, Veteranenstr. 6.

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeehäuser ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regeldamen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenhandl. etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Flotten-Schauspiele

Kurfürstendamm 153/156.
Forsprecher: Amt Wilmersdorf No. 343.
Strassenbahn-Verbindung mit Linien 91, A, T, V, A/E.
Täglich zwei Vorstellungen, um 4 und 8 Uhr.
Sonntags drei Vorstellungen, um 3, 5 1/2 und 8 Uhr.
Größte Wasserschauspiele der Welt.
Die Flotte im Frieden und im Kriege.
Beschreibung von Port Arthur durch die japanische Flotte.
♦ Vollständig gedeckte Tribüne. ♦ Konzertmusik. ♦
Preis der Plätze für die 8 Uhr-Vorstellung: Mittel-
loge M. 4,10, Seitenloge M. 3,10, Parkett M. 2,10,
I. Platz M. 1,90, II. Platz M. 1,10, Stehplatz 55 Pf.; in
den Nachmittags-Vorstellungen: Mittelloge M. 3,10,
Seitenloge M. 2,60, Parkett M. 1,90, I. Platz M. 1,10,
II. Platz M. 0,85, Stehplatz M. 0,40 inklusive Programm.
Zwei Kinder auf nicht num. Plätzen Eintritt auf ein
Billet. Die Tageskasse ist von 10 Uhr vormittags
an geöffnet. Vorverkaufskarten sind in den durch
Plakate kenntlichen Geschäften v. **Looser & Wolf**
und im Warenhaus **A. Wertheim** zu haben. 15/30

Dampfer-Extrafahrten

zum Ausfliegen.
Billigste
mit Musik
von Michaelbrücke direkt nach Wolterdorfer Schleuse (Rück-Werder).
Montag vorm. 9 1/2, nachm. 2 1/2. Einlage Fahrt früh 40 Pf.
Dienstag : : : : : Nachmittags hin und zurück 40 Pf.
Mittwoch : : : : : Sonntags einlage Fahrt früh 9 Uhr
Donnerstag : : : : : 50 Pf.
Freitag : : : : :
Sonnabend, den 23. Juli: Große Corso-Damenfahrten mit fünf
Salondampfern und Mühlenturm nach Wolterdorfer Schleuse (Rück-
Werder) und Rückfahrt auf dem Mühlengel. Abfahrt früh 9 Uhr
Michaelbrücke. Einlage Fahrt 50 Pf. Auf Wunsch des
geehrten Publikums legen meine Dampfer jetzt direkt Wolterdorfer
Schleuse (Rück-Werder) an.
H. Tismer, Telefon Nieder-Schöneweide 14. Berlin Amt 7, 2841.

Leon Kielezki's Restaurant und Garten

Tegelort (Zum Schwan).
Erste Haltestelle vom Holzsehn Dampfer.
Vorzügliche Biere. - Reichhaltige Speisenkarte. - Familien können
Kaffee trinken. - Tanzsaal. - 2 verdeckte Regeldamen. - Gr. Musikband.
Bühnenmusik steht entgegen.
Leon Kielezki.
58132

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Bahnhofsstr. 53.
Täglich:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Neben dem das Sensationsprogramm:
Paul Coradini, Berlin's Liebbling.
Clown Lolsets dreif. Klapperhähne.
Tosca Madri, Instrumentalistin.
F. O. Shields, Ion. Jongleur.
Powel und Powel, Merita Holle.
Boltes Comp. Im Saal: **Hall.**
Entree 30 Pf., mitterwöchlicher 50 Pf.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Schweizer-Garten

Am Königsbor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung
mit wechselndem Programm.
Am 1. und 15. jeden Monats
Spezialitäten-Wechsel.
Zum Schluss:
Zurück von den Herero's.
Gr. Gesangschor mit Tanz u. R. Koch.
Entree 30 Pf.
Täglich: Jeden Mittwoch:
Ball. Kinderfest.

Cirkus Sarrafani.

Größter u. elegantester
Zelt-Cirkus Europas.
Täglich: **Pferden
Ringkampf von Bären
Löwen.**
Dr. Simmel, Prinzen-
str. 41.
Spezialarzt für **13/8***
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 u. 2-4.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Kr., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Orts-Artenkaffe für den Gemeindebezirk Lichtenberg.

Einladung zur
Ausserordentlichen
General-Versammlung
am Sonnabend, d. 30. Juli 1904,
abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn
Häfflich, Franzfurter Chaussee 120.
(Zimmer rechts vom Haupteingang.)
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über den Antrag
des Kassenvorstandes auf Wählung
der §§ 10, 12, 13, 14, 15, 18, 20, 21,
30, 31, 32 und 43 der Statuten.
2. Beschlußfassung über den Antrag
des Kassenvorstandes auf Beschaffung
geeigneter Bureauräume bezw. Ver-
minderung der dazu erforderlichen
Mittel.
3. Erwählung zum Vorstände an
Stelle des Hieslermeisters H. Bohl
aus den Reihen der Herren Arbeit-
geber (s. Nr. 41 Abf. 3 der Sitzungen).
4. Stimmangelegenheiten.
Der Punkt 3 der Tagesordnung
wird unter Beobachtung der Be-
stimmungen des § 40 Abs. 7 und 8
der Statuten erledigt.
Mit Rücksicht auf die außerordent-
liche Wichtigkeit der Tagesordnung
werden die Herren Delegierten um
vollständiges und pünktliches Erscheinen
gebeten. 274/14
Der Vorstand.
Paul Levy, 1. Vorsitzender,
Ragdalensstr. 51.

Kredit. Monatlich

10 Mark -
keine Anzüge
Pafetos
nach Maß.
Per Kasse auch billige Dreile.
Schneiderstr. 55.
J. Tomporowski, Prinzstr. 55.
Sie kaufen am Besten!!!
auf Teilzahlung
bei Jahre & König,
Warschauerstr. 72.
(Wöchentlich nur 1 Mk.) Herren-
Damen- u. Wecker-Uhren, Regulatours,
Broschen, Ringe, Ketten. 58182*

Herren-Kragen,

reifeinen, garantiert 4 fach,
verschiedene Facons in allen Größen.
per Dutzend 3 Mk. und 2 Mk. 50 Pf.
Manchetten, prima, garant. 4 fach,
1/2 Dutzend 1,80 u. 2,25 Mk.
Oberhemden, Servietten, Krawatten
in größter Auswahl, Tricotagen,
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.
Detailverkauf zu Engrospreisen.
Ernst Marcuse, Wälgstr. 23.

Friedrich Pätzoldt.

Die Beerdigung findet Freitag,
den 22. d. M., nachm. 3 Uhr,
vom Krantenhaufe Dubenard-
straße 44 nach dem neuen Wa-
jareib-Kirchhofe statt. 58252
Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Eduard Vogeleuter
am 17. d. M. gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen:
Seine Frau, geb. Schmidt, geb. am
17. d. M., nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Fried-
hofes Kirchhofes in Schöneberg
aus. 58252
Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Mitglied, der
Maurer
Hermann Rathmann
mohndelt Sorauerstraße 7
seiner irdlichen Bestenungen er-
legen ist. 144/19
Seine Hinterbliebenen:
Seine Frau, geb. Schmidt, geb. am
17. d. M., nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Fried-
hofes Kirchhofes in Schöneberg
aus. 58252
Die Ortsverwaltung.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.

BERLIN.
Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5083.
Flaschen- " Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen.

Butter Handlung Buttgerreit

empfeicht täglich frisch eintreffend:
Wirklich feine frische **Gras-Butter** à Pfund 1 Mk.
Ganz besonders feine frische **Gras-Butter** à Pfund 1,10 Mk.
Extra-Angebot: Feinster **Ramadou-Käse** Stück nur 15 Pf.
Feinste Harzer Delikatess-Käsechen 4 Stück nur 10 Pf.
sowie sämtliche Sorten Käse in bester Qualität.
Ferner treffen jeden Mittwoch und Sonnabend aus Braunschweig
frisch ein:
Echte Braunschweiger Mett-Wurst à Pfund 1,20 Mk.
do. do. **Sardellenleberwurst** à Pfund 1,20 Mk.
do. do. **Geräucherte Rotwurst** à Pfd. 80 Pf.
ganz besonders zu empfehlen

Hiesiger Landspeck

fett und magor à Pfd. 60 Pf.
Butter Handlung Buttgerreit
Eisenbahnstr. 42/43
am Eingang der Markthalle.

Garantirt reine Naturbutter.
Garantirt reine Naturbutter.

Zur Arztesfrage.

Anknüpfung an eine Notiz in Nr. 159 des „Vorwärts“ (Hauptblatt zweite Seite) sandte Herr Dr. Zeppler die nachfolgenden Ausführungen, die mir infolge Stoffandrangs bisher zurückgestellt werden mußten. Wir werden morgen erwidern.

Dr. Zeppler schreibt: Der „Vorwärts“-Referent hat den Wiesbadener Vorgang zu einem Vergleich mit der Krankenlaffenzfrage herangezogen, und zwar in einer Weise, die aufs neue deutlich erkennen läßt, wie sehr er von blinder Feindseligkeit gegen die Ärzte erfüllt ist, und jedes Eckenmaß klarer und gerechter Betrachtungsweise eingebüßt hat. Er gelangt in seinen Ausführungen zu den grellsten Widersprüchen und zu einem vollen Konfession.

Der Verfasser lehnt die Tazge als einen ganz ungeeigneten Maßstab für die Bewertung ärztlicher Leistungen zwar ab, hält sich aber dennoch darüber auf, daß in der Privatpraxis von der Tazge als Norm für die Leistungen mannigfach gänzlich abgesehen, und bei der Zahlungsfähigen die Tazge je nachdem mehr oder weniger überschritten wird. Verfasser will als angemessene Honorierung eine solche betrachtet wissen, welche der Leistung angemessen sei. Vielleicht hat er dann aber die Freundschaft, festzustellen, welche Honorierung das in jedem Falle sein würde. Wie das (hier ganz abgesehen von der verschiedenen Qualität der Ausführung bei Leistungen der nämlichen Art und von noch andern Unterschieden) ohne Tazge geschehen könnte, ist mir ein Rätsel.

Daß gewisse Ärzte ihren Klienten gegenüber oder auch überhaupt die meisten Ärzte gewissen Klienten gegenüber sich an die vorhandene Tazge aber nicht binden wollen, ist dem Verfasser eben auch nicht recht.

In der That war es in der Privatpraxis von jeher üblich und, wie in den Prozederhandlungen angeführt wurde, billigtweiges Übereinkommen, daß der Arzt sich an die Tazge nicht für gebunden erachtete, und nur bei Streitigkeiten mußte auf dieselbe zurückgegriffen werden. Ja, viele Ärzte kennen die Tazge gar nicht, manche werden kaum von der Existenz einer solchen etwas wissen. Erst die Streitfragen mit den Krankenkassen haben das Vorhandensein der Tazge so sehr in den Vordergrund gerückt.

Es ist durchaus „standeswürdig“, bei reichen Leuten die Tazgen weit, sogar um ein Mehrfaches, zu überschreiten, während (um einer besonders aufgeworfenen Frage des Verfassers die Antwort zu teil werden zu lassen), es Kassenmitgliedern gegenüber standeswürdig wäre, den Minimalhöhen der Tazgen gemäß oder wenigstens nicht gar zu tief darunter zu liquidieren. Trägt doch der verschiedenen finanziellen und gesellschaftlichen Lage der Patienten sogar die Tazge selbst Rechnung mit ihrer Befestigung von Minimal- und Maximalhöhen.

Indessen: die verschiedene Honorierung je nach der finanziellen Situation findet der Verfasser anstößig. Was Jahrhundertlang gegolten hat, soll mit einem Male anstößig sein! Aber wenn nicht Verfasser mit dieser Betrachtungsweise? Will er seine soziale Fürsorge auch auf die armen Kommerzienräte erstrecken, und solche vor den gleichen Ärzten schützen. Der Vergleich mit dem Trinkgeldwesen ist völlig deplaziert. Der Arzt kann seine Tätigkeit, die eine liberale ist und sein muß, und viel eher beifälligweise mit dem Wirken von schaffenden Künstlern zu vergleichen ist, nicht zu festen Preisen bezapfen, wie der Wäcker die Semmel und der Brauer das Bier. (Ja, auch letzteres trifft noch nicht einmal zu.)

Soll der Kommerzienrat für eine Konsultation 30 Pf. zahlen, seine Gattin für die ärztliche Hilfe bei einem Abort, die hierbei notwendige Operation und familiären Besuche (wie in der Kassenpraxis) im ganzen höchstens 6 M.? Der Arzt muß je nach den Verhältnissen verschiedene liquidieren, sowohl im Interesse seines Ansehens wie seiner Existenz. Denn von den schlecht zahlenden, ärmeren Privatpatienten und von der Kassenpraxis können nur die wenigsten leben, und eine unangemessene Abkalkulation bei den Bestehenden würde dem Arzt nur sein Ansehen und — seine Randschaft kosten. Soll das alles sich ändern und auf den erhabenen Standpunkt gebracht werden, wie Verfasser es wünscht, dann muß der ärztliche Betrieb verstaatlicht werden. Die Schattenseiten dieses Systems hier zu erörtern, würde zu weit führen.

Gegenüber dem „unwürdigen“ System, die ärztlichen Klienteln je nach Vermögen zu besuieren, schwärmt also Verfasser für feste Anstellung der Ärzte und für „gute Bezahlung“ derselben, und er denkt dabei vornehmlich an die Kassenpraxis.

Daß den Ärzten der Kampf um die zunächst noch gar nicht einmal verlangte „gute Bezahlung“, sondern nur wenigstens etwas bessere Bezahlung von den Kassenherren recht sauer gemacht wurde, daß letztere erst nach dem von den Ärzten unternommenen Kampf, und als ihnen im Kampf das Messer an der Kehle saß, sich zu der „guten Bezahlung“, z. B. zu Honoraren von 6000—8000 M. herbeiließen, das wird nur zu gern verzeihen. Aber wenn unter den Ärzten ist denn selbst mit diesem System gedient? Die angestellten Ärzte müssen für dieses Honorar eine Arbeit leisten, die nur dem härtesten Frontdienst zu vergleichen ist, in dem sie nicht nur jede ärztliche Würde verlieren, sondern jede Möglichkeit, die Fortschritte der Wissenschaft zu verfolgen und sich weiter auszubilden, außer Acht lassen müssen.

Sie werden zum Schaden auch für die Patienten, denen jegliche eingehende Behandlung, jede Berücksichtigung ihrer individuellen Wünsche und Empfindungen verweigert werden muß, zu öden Routiniers, die Behandlung muß eine schablonenhafte, wahrhaft banalisierende werden und unerbittlich häufig zu großen Fehlern und Veräumnissen führen, die gesundheitliche und wirtschaftliche Schädigungen auf der andern Seite zur Folge haben müssen. Selbst in ihrer Personwürde werden solche Ärzte arg beeinträchtigt, denn sie werden schlimmer wie die armensten Lohnarbeiter in ihrer Arbeitskraft ausgenutzt und aufgerieben. Ist es doch bei ihnen nicht mit einer 10stündigen Arbeitszeit abgethan, werden sie doch vielmehr Tag und Nacht ins Ungemessene in Anspruch genommen! Indessen sei es drum! Wo aber bleiben die nicht angestellten Ärzte? Mit Gehältern von 6000 M. und mehr kann doch nur ein kleiner Teil der gesamten Ärzteschaft angestellt werden, und zwar ein um so kleinerer Teil, je größer die fixierten Gehälter sind. Und diesen ändern, nicht angestellten Ärzten, wird doch durch die feste Anstellung der wenigen das gesamte Krankenmaterial, das sich in den Kassen befindet, künstlich entzogen, von welchem sie sonst einen größeren oder kleineren Anteil in Behandlung bekämen, die sie entsprechend dem ihnen zur Verfügung stehenden größeren Zeitaufwand mit um so mehr Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit ausüben könnten.

Was bleibt aber den ausgeschlossenen andrer übrig, als bei den nicht in Kassen befindlichen Patienten, deren Morbidität und Veranlassung, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wegen der besseren sozialen Lage obendrein eine viel geringere bzw. seltenerere ist, als bei jenen, größere Honorare zu fordern, und zwar um so größere, je zahlungsfähiger die Klienteln ist?

Welche Inkonsequenz also, auf der einen Seite für fixierte Kassenärzte zu schwärmen, auf der andern Seite die Ärzte wegen der Art ihres Betriebes, die doch vorläufig durch nichts ersetzt werden kann, zu verpötern und diesem Betrieb das System der fixierten Ärzte als das höhere gegenüberzustellen, wiewohl doch nur der kleinste Teil der Ärzte, und zwar auf Kosten der andern, dieser Vergünstigung teilhaftig werden könnten! Der Spott wäre doch nur eben dann allenfalls berechtigt, wenn die Krankenkassen insstande wären, alle Ärzte, die es wünschen, fest anzustellen, oder wenn schon ein Versuch, die Ärzte zu Staatsbeamten zu machen und als solche gut und sicher zu fundieren, von den Ärzten vereitelt worden wäre.

Gerade das System der fest angestellten Ärzte schafft eine große ärztliche Referenarmer, was die freie Arztwahl eben verhindern oder wenigstens mildern will. Aber gerade den Verfechtern derselben wurde ja stets entgegen gehalten, daß die Kassen nicht dazu da

wären, die Ärzte zu versorgen. Das verlangen die Ärzte auch gar nicht. Was sie verlangen ist, daß sie durch die Monopole bei den Kassen nicht geschädigt werden. Aber eben diesen Geschädigten wird von dem Verfasser des Artikels anstatt Anerkennung ihrer üblichen Lage nur Hohn und Spott zu teil.

Und nun noch einmal die Frage der „angemessenen Honorierung“ für den Einzelfall. Was versteht der Verfasser unter standeswürdigen Honoraren? Die hohen Honorare der reichen Leute nicht, und die Tazge auch nicht. Dann wohl die Honorare, wie sie bei der freien Arztwahl (und, auf den Einzelfall berechnet, noch niedriger bei den fixierten Arztgehältern) resultieren? Also etwa 30 Pf. für eine Konsultation. Ach, wüßte nur der Verfasser, was für diese 30 Pf. alles verlangt wird, er würde einen andern Begriff von der ganzen Sache bekommen. Die Untersuchungen, die Verordnungen, die vielerlei Anträge, all das Schreibwerk — und zuletzt die Verantwortungen. Letztere wird besonders groß, wo es sich um operative Eingriffe handelt. Die Vermeidung eines Abortus z. B. mit allen dazu gehörigen Besuchen usw. wird bei einigen Kassen mit 6 M. bezahlt, bei andern noch geringer. Weiß der Verfasser etwas von der peinlichen Antiseptik mit all den großen Umständen, die mit der Behandlung solcher Fälle verbunden sind? Weiß er etwas von der schwierigen äußeren Umständen, unter denen solche Dinge oft vorgenommen werden müssen? Wie leicht kann da etwas passieren, wenn nicht sogar ein Kunstfehler, dann doch ein unerschuldetes schlimmes Ereignis und ein schlechter Ausgang! Und hier ist nicht nur das Renommee des Arztes im Gefahr, sondern unter Umständen selbst die Ehre durch die Möglichkeit einer strafgerichtlichen Verantwortung, gar nicht zu reden von der eignen Lebensgefahr infolge Blutvergiftung usw. Wie viel Unruhe und Selbstverwundung, wie viel schlaflose Nächte giebt es da wohl öfter für diese 6 M.!

Ist das nun die „angemessene Honorierung“? Und soll man dafür auch die Frau Kommerzienrätin behandeln? Was soll also jene sonderbare Kritik?

Nein, Ihr Standpunkt ist im höchsten Grade verkehrt und — diplomatisch. Die Ärzte begehen heute in ihren Kämpfen gewiß viele Dummheiten. Aber man muß ihnen manches zu gute halten: sie sind nicht nur durch eben die Kämpfe gewissermaßen nervös geworden, sie sind verbittert, verbittert besonders auch gegen einen großen Teil des zahlungsfähigen Publikums, welches seine gegen die Arbeiterschaft gezeigte Engbergigkeit vielfach auch gegen die Ärzte zur Anwendung bringt. Eine Denkweise wie die des Dr. Fischelich, der „wissen wollte, warum er Arzt sei“, ist vielfach nur Folge und Ausdruck einer solchen Verbitterung, der um ihre Existenz im einzelnen wie als soziale Glieder der menschlichen Gesellschaft schwer ringenden Ärzte. Dafür sollte die Socialdemokratie Verständnis haben. Aber anstatt das zu begreifen, zugleich mit allen sich aus der gesamten materiellen Lage ergebenden Fehlern, die von den Ärzten gemacht werden, hat man für diese Gruppe, die im politischen Kampf der Bewegung sehr viel nützen könnte, nur Hohn und Spott und hält sie gerade gut genug dafür, sie vor den Kopf zu stoßen und in der öffentlichen Achtung beinahe gänzlich herabzusetzen.

5. Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Streindrucker und Berufsgenossen Deutschlands.

Dresden, 20. Juli. Vormittags-Sitzung.

In der Generaldebatte über den Vorstands- und Ausschuhbericht geht es weiter. Es liegt eine Kundgebung der Künzberger Kollegen gegen Tischendörfer und die Angriffe gegen den Ausschuh vor. Diese wird aufrecht erhalten, weil Tischendörfer in der Differenzfrage mit dem Ausschuh seinen Standpunkt beibehält. Gillerer-Freiburg i. Schlefen giebt bekannt, daß Dübel gelegentlich einer Agitationsreise durch Schlefen gegen den Ausschuh habe scharf machen wollen. Sehr Berlin ist der Ansicht, daß der Ausschuh nicht nur eine Notwendigkeit sei, sondern auch in den wesentlichen Punkten, auf die es hier besonders ankomme, seine Befugnisse nicht überschritten habe. Wenn man von den Berliner Kollegen in Beziehung auf Tischendörfer rede und gegen die dortigen Kollegen polemisiere, so solle man beachten, daß nicht alle Berliner Kollegen auf Tischendörfers Seite ständen, sondern ein großer Teil anderer Meinung sei. Zum Beispiel träte Berlin II nicht für Tischendörfer ein. Nachdem Sah-Berlin nochmals die Haltung der Berliner Kollegen, die auf Tischendörfers Seite stehen, verteidigt, behauptet Tischendörfer, daß man ihn für unglaubwürdig erklärt habe. In längeren Ausführungen sucht er seine Stellungnahme zu rechtfertigen. (Dem Redner wird zweimal die Redezeit verlangt.) Er lehne ab, durchsicht nicht mit den christlichen und östlich-Dumderischen Gewerkschaften, habe im Gegenteil mehrfach ausgesprochen, daß diese beiden Richtungen mit ihrer Stellung zur Klassenkampffrage im Unrechten seien. Die Versammlung des Berliner schlichten Gewerkschaftsartikels, in der Redner einen Vortrag gehalten habe, sei falsch geschilbert worden. Dafür zeuge ein Artikel im Hauptorgan der christlichen Gewerkschaften, in dem konstatiert worden, daß zwischen diesen und Tischendörfer ein grundsätzlicher Unterschied bestehe. Herrschader könne ihn nicht beeinflussen, denn sie sei ihm schon deshalb unzugänglich, weil im Vorstand, der aus 9 Personen bestehe, er (Redner) der einzige sei, der auf diesen abweichenden Standpunkt stehe. Auch die Vorgänge bei der Reichstagswahl in Lübeck hätten anders geüben. Es sei dort nicht zu feindseliger Agitation gekommen. Man solle doch nicht immer aus Kleinigkeiten ein so großes Wesen machen. Rudig-Berlin meint, so unschuldig, wie Tischendörfer sich jetzt zeige, sei er nicht. Schuber-Leipzig, Abu und Lehmann stimmen der Haltung des Ausschuhes zu. Rich (Ausschuh): Tischendörfer habe selbst erklärt, sein Amt freiwillig niedergelegt zu haben. Erst seitdem dieser wieder ein öffentliches Amt einnehme, sei der alte Streit, ohne Schuld des Ausschuhes, aufs neue entstanden. Früher habe Redner selber Tischendörfer gegen unbedachte Angriffe in Schutz nehmen müssen. Dieser habe mit der Drohkarte in einem Augenblick, als die Organisation gerade eine Krise zu bestehen hatte. Das Manuskript habe schon fertig dazuliegen. Er habe das Vertrauen zu Tischendörfer verloren. Dahnert-Stuttgart: Mit demselben Rechte, wie Tischendörfer verlange, daß auch Anderdenkenden Kämtern in der Organisation offen stehen müssen, könnten die Kollegen verlangen, daß solche Kämmer dem Gesamtwillen nicht zuwider handeln dürfen. Durch den allzu großen Verzicht Tischendörfers in Kreisen, die den Arbeitern fernstehen, werde er ungünstig beeinflusst. Sebels Ansichten in der Neutralitätsfrage seien nicht die Tischendörfers.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen wurde, erhält das Schlußwort Gillerer (Vorstand): Er weist die gegen den Vorstand gemachten Angriffe energisch zurück. Für besonders leichtfertig bezeichnet Redner den Antrag Wändens auf seinen Ausschuh, den man, kaum gestellt, jetzt wieder zurückziehe. (Sehr richtig!) Das sei ein ganz beispielloses Verhalten in der Arbeiterbewegung. Die Wändener Kollegen möchten einsehen, was für einen Fehler sie gemacht hätten. (Wabot) Prall (Kassierer) konstatiert, daß Ausschuhungen am Ausschuhbericht nicht gemacht worden sind. Rich (Ausschuh): An der Tätigkeit des Ausschuhes haben fast nur die Berliner Kollegen, und von diesen Tischendörfer, ausgenommen gehabt. Dieser habe Vorwürfe erhoben, die im selben Maße gegen ihn (Tischendörfer) selbst gerichtet werden könnten. Das Schiedsgericht, dessen Spruch sich Tischendörfer nicht gefügt habe, hätte vollkommen einwandfrei gearbeitet. (Sehr richtig!) Ueber eine Reihe von Differenzpunkten giebt Redner näheren Aufschuh. In allen Fällen habe der Ausschuh eben nicht vermittelnd wirken können.

Nachmittags-Sitzung. Dem Hauptassessor wird Dedache erteilt. Ein Antrag, der fiskale Berlin III 400 Mark für die ohne eingeholte Genehmigung des Ausschuhes vorgenommene Anstellung eines Lokalbeamten zu bewilligen, wird mit knapper Majorität angenommen. Dem Ausschuhvorsitzenden Rich werden für seine Tätigkeit 300 Mark bewilligt.

Zur Auskunftserteilung in der eingekerkerten Kommission zur Vorbereitung der Streitpunkte wird Hilbig-Chemnitz geladen. Es wird ein Antrag angenommen, der die ohne Einverständnis des Ausschuhes vorgenommene Anstellung eines Lokalbeamten durch die Berliner Filiale III als eine statutwidrige Handlung mißbilligt. Eine Mißbilligungs-Resolution gegen die früheren Vorstandsmitglieder Dübel und Bohrisch-Berlin wegen ihrer Amtsniederlegung wird zurückgezogen, nachdem von verschiedenen Seiten ausgesprochen worden war, daß die Berliner wohl aus den Verhandlungen der Generalversammlung ersehen hätten, wie ihr Verhalten beurteilt würde. Tischendörfer bittet, in der Presse zu berichtigen, daß nicht von nationalsozialen, sondern von Bestrebungen zur Gründung eines Sonderverbandes auf der Generalversammlung die Rede gewesen ist. Auch habe er nicht von Karduschen Artikeln gesprochen. Er bestreite entschieden, sich an Sondergründungen irgendwelcher Art beteiligt zu haben. Es folgen eine ganze Reihe persönlicher Bemerkungen.

Leinen-Dresden (Vorsitzender der Prekommission) giebt Bericht über deren Tätigkeit und bespricht die eingegangenen Beschwerden. Er wendet sich gegen den Beschluß des Hauptvorstandes, daß bei Polemiken, Angriffen usw. dem Angegriffenen Gelegenheit zu sofortiger Erwiderung gegeben würde. Praktisch würde diese Einrichtung nur dem Vorstand zu gute kommen. Im Gegensatz zu den Berliner Kollegen ist er der Meinung, daß sich persönliche Polemiken nicht gänzlich vermeiden ließen; sie hätten meistens eine sachliche Ursache. Für dringend erforderlich hält es Referent, daß die Vertrauensleute an die Redaktion einzuschickende Berichte nicht nur unterstempeln, sondern sich auch vorher von der Richtigkeit des Inhalts überzeugen sollten, um Bestrafungen und Verurteilungen zu vermeiden. Zu diesem Punkt sind verschiedene Anträge eingegangen: München verlangt, daß Berichte über Vergünstigungen usw. aus der Hochzeitung ferngehalten sind, ferner, daß den Mitgliedern, die Beschwerden gegen den Vorstand usw. vorzubringen hätten, nicht das Blatt gesperrt wird. Nixdorf und Kassel verlangen die Trennung des Redakteurpostens von dem Posten der Leipziger Verwaltungsbeamten. Ueber diese Anträge entpinnst sich eine lebhaft Debatte. Rich-Künzberg verliest einen Brief des Kollegen Barthel, in dem dieser sich beschwert, daß die Direktiven, die der vorige Kongreß Vorstand und Ausschuh betr. Anstellung eines Redakteurs gegeben, nicht befolgt seien, sonst hätte er an Stelle Obiers gewählt werden müssen. Gundlach-Berlin bringt eine lange Reihe von Beschwerden gegen die Redaktionsführung Obiers unter dem Widerspruch der Delegierten vor. Er meinte, einige nationalökonomische Artikel seien für die meisten Kollegen in der Provinz zu hoch, sie verstanden sie nicht. (Stürmischer Protest und Heiterkeit.) Er bemängelt die Ueberlässigkeit des Stoffes und dessen Auswahl und verlangt schließlich die Verlegung der Redaktion an den Sitz des Vorstandes. Der Vorsitzende bittet, die Äußerung Gundlachs von dem weniger intelligenten Kollegen der Provinz nicht tragisch zu nehmen, obgleich sie keineswegs stimme. Barthel geht ausführlich auf die vorgenommene Redakteurwahl ein und bittet, die jetzt vereinigten Posten zu trennen. Die Leipziger Kollegen, denen schließlich die Wahl des Redakteurs übertragen wurde, nachdem Vorstand und Ausschuh sich nicht einig werden konnten, hätten zweifellos seine Stellung zur Neutralitätsfrage nicht geteilt und ihn deshalb nicht gewählt. Nach seiner Ansicht sei aber die früheste Neutralität das Beste für die modernen Gewerkschaften. Er tritt ferner dem in der Debatte zum Ausdruck gekommenen Gedanken, einen akademischen Berufsverband anzustellen, scharf entgegen und weist auf den Widerspruch in der socialdemokratischen Partei hin gegen die Anstellung von Akademikern; für ein Gewerkschaftsorgan eigne sich ein solcher noch weniger. Müller-Schleuditz ist ebenfalls gegen die Anstellung eines solchen und verteidigt im übrigen die vorgenommene Wahl des Redakteurs Obier. Es sei besser, wenn der Redakteur eines Fachblattes einer bestimmten politischen Richtung angehöre. Obier sei Landtags-Abgeordneter in Detmold gewesen und habe sich sehr gut bewandt. Brauke-Hannover weist darauf hin, daß die Animosität der Berliner Kollegen und Tischendörfers gegen Obier daher rühre, weil er sich ihren Ansichten über die Tendenz des Blattes nicht füge wolle und sich als unabhängig erweise habe. Obier verteidigt sich gegen die von Berlin gekommenen Angriffe. Die meisten Vorwürfe gegen seine Tätigkeit seien von Tischendörfer und seinen Freunden gekommen, deren Wünschen auf Aenderung der Tendenz des Blattes er sich nicht gefügt habe. Tischendörfer habe ihm eine Anzahl Postkarten und Briefe geschrieben in einem schmeißerischen und wenig kollegialen Tone. Er werde aber seine Ansichten und seine Haltung nicht ändern. Wenn Tischendörfer auf einer Karte schreibe, die Prinzipale Deutschlands könnten sich über die Tätigkeit von Rich u. Co. freuen, so müsse er fragen, die Jereztheit, die fortwährend von Tischendörfer in die Reihen der Kollegen getragen werde, schädige den Verband weit mehr. Er erinnere daran, daß der Verband auch gewachsen sei, als Tischendörfer nicht an dessen Spitze stand. Obier erklärt zum Schluß, daß er auf seinem Posten als Redakteur weiter wirken werde in dem bisherigen Sinne, auf den Verwaltungsposten verzichte er. Er werde versuchen, auch künftighin die „Gruppische Presse“ in dem neutralen Sinne, wie er ihn auffasse, zu redigieren. (Großer Beifall.)

Es geht noch eine Resolution ein, die ausspricht, daß in der Provin die richtige Person als Redakteur und Verwaltungsbeamter getroffen, daß aber eine Trennung der beiden Posten möglich sei.

Eingegangene Druckschriften.

W. u. W. u.: Notwendigkeit erblicher Unterweisung durch die Schule. Ein Beitrag zur Schulkritik. Leipzig, Felix Dietrich. 50 Pf. Vorgang, Dr. D.: Die Idemwelt des Anarchismus. 68 Seiten. Leipzig, Felix Dietrich. 1 M.

Dritter Jahresbericht des Arbeitersekretariats Köln nach Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in Köln für das Geschäftsjahr 1903 nebst einer Uebersicht über die Kassen und Kassenlisten in Köln. Preis 20 Pf. Selbstverlag des Arbeitersekretariats. Köln 1904.

Marktpreise von Berlin am 20. Juli. Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Druckblatts. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,40—17,30 M., mittel 17,28—17,37 M., geringe 17,36—17,35 M. Roggen**, gute Sorte 13,65—13,63 M., mittel 13,61—13,59 M., geringe 13,57—13,55 M. Futtergerste**, gute Sorte 14,00—13,60 M., mittel 13,50 bis 13,50 M., geringe 12,40—11,40 M. Hafer**, gute Sorte 16,00—15,90 M., mittel 15,90—14,50 M., geringe 14,40—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—35,00 M. Speisebohnen, weiße 30,00—28,00 M. Binsen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00—8,00 M. Rübölroh 4,32—4,00 M. Deu 7,40—5,40 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,60 M. Eier per Schod 3,80—2,40 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 20. Juli. Elbe bei Magdeburg — 0,70 Meter, bei Dresden — 2,15 Meter, bei Regensburg + 0,19 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,90 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,56 Meter, bei Weeslau Eder-Begel + 4,16 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,82 Meter, bei Frankfurt + 0,26 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 1,65 Meter. — Warthe bei Posen + 0,14 Meter. Rege bei Ulf + 0,26 Meter.

Witterungsüberblick vom 21. Juli 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer (mm), Windrichtung, Temperatur (Grad C). Rows include Garmunde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., Wänden, Wien, Daparranda, Oetersburg, Gort, Werdern, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. Juli 1904. Jämlich warm und schwül, zeitweise wolkig bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

